



Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturmampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommunist. Genossenschafts-

Preis pro Kopf monatl. drei H. 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zusatzversandgebühr). Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Altstadt / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17239 / Postleitziffer: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Geschäftsführung: Dresden-Altstadt, Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: Amt Dresden Nr. 17239 / Drahtanlage: Arbeitszeitungsmesse Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal geplante Monopartiezeitung oder deren Raum 0,50 RM. für Raumangebote 0,20 RM. für die Auslandsexcelsior am Freitagabend an den dreisätzigen Teil einer Zeitung 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Redaktion Dresden-Altstadt, Güterbahnhofstr. 2 / Die "Arbeitszeitung" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In allen höheren Gewerken besteht kein Anspruch auf Lieferung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Freitag den 21. Juni 1929

Nummer 142

Berstärkter Angriff gegen die Erwerbslosen

Ein Vorschlag des Zentrums / Druck auf die SPD / Die Sozialdemokraten vor der Kapitulation
Große Wahlerfolge der Kommunisten in Lublin / Barricaden in Polen

Ein Zentrumsbrief an Hermann Müller

Berlin, 21. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Die Reichstagsfraktion des Zentrums hat gemeinsam mit der Bayerischen Volkspartei an den Reichsantritt einen Brief gesendet, der sich in der Form gegen das Vorgehen der Demokraten und der Volkspartei in der Frage der Arbeitslosenversicherung richtet und in dem gefordert wird, unverzüglich eine Besprechung der Fraktionsführer unter Hinzuziehung der sozialpolitischen Sachverständigen der Fraktionen einzuberufen mit dem Ziel, ein gemeinsames Vorgehen der Regierungsparteien in der Frage der Erwerbslosenversicherung noch vor der Sommerpause des Reichstages zu ermöglichen.

Die sozialdemokratische Presse behauptet, dieser Schritt des Zentrums das gleichzeitige Vorgehen der Bayerischen Volkspartei unterschlägt die SPD-Presse richte sich gegen den Vorschlag der Deutschen Volkspartei auf radikalen Abbau der Erwerbslosenversicherung. In Wahrheit wollen Zentrum und Bayerische Volkspartei damit die soziale Verschlechterung der geplanten Verschlechterungen erzwingen. Ganz richtig nennt die volksparteiliche Deutsche Allgemeine Zeitung den Schritt einen Druck auf die Sozialdemokratie und stellt fest, daß nunmehr 4 Fraktionen der Großen Koalition die "Reform" der Arbeitslosenversicherung fordern.

Unter dem Druck der bürgerlichen Parteien entlarvt sich das Betrugsspiel der SPD-Führer um die Arbeitslosenversicherung förmlich als anzunehmbar war.

Am Montag hakte die Müller-Regierung den Vorschlag, auf Beitragssteigerung und Sofort-Programm, zurück, damit im Herbst die Durchsetzung der reaktionären Arbeitslosenversicherungsreform um so reibungsloser vor sich gehen kann. Am Mittwoch trompetete die sozialdemokratische Presse noch in den höchsten Tönen: "Der Kampf geht im Herbst weiter!" — Und am gleichen Tage brachten die volksparteilichen Koalitionsbrüder die von uns bereits veröffentlichten Anträge zur Arbeitslosenversicherung ein, die für das gesamte Erwerbslohneneinheit schwerste Maßnahmen bedeuten. Auch die demokratische Reichstagsfraktion hat einen Entschluß festgestellt, nach vor Auseinandersetzung des Reichstages entsprechende Anträge einzubringen, die sich an die volksparteilichen anlehnen, in härtester Weise den Abbau der Erwerbslosenunterstützung in sich tragen.

Roch erstaunt der Donnerstag-Vorwärts über den Vorschlag seiner Koalitionsbrüder folgendemmaßen:

"Ein Verdienst wird man den Vorschlägen der Volkspartei nicht absprechen können; sie zeigen, wohin die Reise gehen soll. Woher die Mehrheit kommen soll, die sich diese Vorschläge zu eigen macht, bleibt freilich im Dunkeln ... Es ist eigentlich selbstverständlich, daß erst das Ergebnis der von der Reichsregierung eingeleiteten Erhebungen abgewartet wird, bevor man entscheidende Beschlüsse fällt. Unmöglich, das Verlangen, das Problem noch in diesem Sitzungsausschnitt des Reichstages zu lösen."

Die Angst davor, daß Volkspartei und Demokraten mit der Unterstellung der Deutschen Nationalen und evtl. auch des Zentrums ihre Forderungen in offener Reichstagsabstimmung durchsetzen werden, spricht aus jeder Zeile des Vorwärts. Die SPD-Führer wollen ja gern um der Ministerkessel willen die Wünsche der Koalitionsbrüder erfüllen, aber eben erst zum Herbst, weil sie im Augenblick, da die Augen der gesamten Arbeiterschaft auf die Arbeitslosenversicherung und die Haltung der SPD-Führer gerichtet ist, die Empörung der Arbeiterschaft fürchtet. Da aber die Volkspartei nicht zurückweichen wird, wird es so kommen, wie wird es so kommen, wie wir bereits öfters vorausgesagt haben. Die bürgerlichen Parteien nehmen im Reichstag die ungeheure Arbeitslosenversicherungslage der Volkspartei an, und die SPD-Führer stellen sich wieder einmal als die armen vergänglichen und kühigen Schäfchen hin. Werden die sozialdemokratischen Arbeiter dann ihren Führern immer noch Glauben schenken? Entschlossener Bruch mit der Partei des permanenten Arbeiterversafts ist das Gebot der Stunde. Die gesamte Arbeiterschaft muß sofort gegen den Vorschlag auf die Arbeitslosenversicherung Stellung nehmen. In allen Betrieben müssen die Arbeiter Entschließungen gegen die reaktionären Pläne fassen. Die Absichten der Reaktion müssen auf die geschlossene Abwehr der gesamten Arbeiterschaft stoßen.

Die Linken vollführen dabei wieder die üblichen Verwirrungsmanöver. Aufhäuser schreibt einen Artikel mit der großen Ankündigung: "Der Kampf geht weiter!" Dabei schreibt er aber gleichzeitig: "Die Sozialdemokratie war bereit, auch die tatsächlichen Wohlstände im geltenden Arbeitslosenversicherungsgesetz durch eine vor den Reichstagsherren zu verabschiedende Novelle zu beheben."

Die SPD ist zum Verrat bereit. Nur die entschlossene Gegenwehr der Arbeiter kann den Angriff abwenden.

Zum 1. August rüstet zur Kundgebung gegen imperialistischen Krieg und Reaction!

Dynamit

Das Polizeipräsidium Hannover teilt amtlich mit: Es ist festgestellt worden, daß die in der "Roten Hilfe" gefundenen Sprengstoffe aus dem Steinbruch der Hannoverschen Kalk- und Mörtel-Werke in Springe stammen. Dort ist im Juni vorigen Jahres ein Einbruch in den Pulverturm verübt worden. Der angebliche Unbekannte, der auch als Urheber des Sprengstoffanschlags auf die Vorschuß-Werke-Bank in Betracht kommt, gehört der KPD als Mitglied an. (Polizeibericht Hannover.)

Es scheint festzustehen, daß die KPD in direktem Zusammenhang mit dem Sprengstoffattentat steht. ("Der Abend", Spättausg. des "Vorwärts", Nr. 280.)

Die ganze Partei muß dem "Sprengstoffattentat" in Hannover größte Aufmerksamkeit widmen. Es ist kein Zufall, daß just in dieser Zeit und ausgerechnet in Hannover "Sprengstoff" im Büro der "Roten Hilfe" gefunden werden sollte. In Hannover die "Sprengstoffattentate der Kommunisten" gerade jetzt wieder eine Rolle spielt.

Das Hannover Roskes, das Hannover Haarmann! Ist das etwa nur ein Zufall?! Es ist gar nicht verwunderlich, daß dort die "Sprengstoffattentate der Kommunisten" gerade jetzt wieder ihre besondere Rolle spielen werden.

Und wie liegen die Kerle im Polizeipräsidium? Es ist festgestellt worden, daß die in der "Roten Hilfe" gefundenen Sprengstoffe... Wer hat gefunden? Es ist notwendig, daß wir nochmals mit aller Deutlichkeit den Gang mit der Sprengstofflist in Hannover feststellen. Im Büro der RH Hannover wird eine Kiste zunächst unbekannter Inhalts untergestellt. Die Angeklagten der "Roten Hilfe" waren der Auffassung, daß jemand sein "Gepäck" zeitweilig dort unterstellen möchte und wieder abholen würde. Als gegen Abend die Abholung nicht erfolgte, hat der Genosse Abel die Kiste geöffnet und stand in ihr Sprengstoff. Genosse Abel unternahm in diesem Fall sofort das einzige Richtige; er verschloß das Büro und forderte von der Polizei die Abholung des Sprengstoffs, der zweifellos von Polizeiteuren in das Büro geschmuggelt wurde. Trotz der Wichtigkeit der Angelegenheit ließ sich die Polizei reichlich Zeit, um das "Sprengstoffattentat" aufzulösen. Nahezu drei Stunden währte es, von 20.45 bis 23.30 Uhr, bis überhaupt jemand von der Polizei erschien. Der Genosse Abel mußte erst mehrere Male in dringender Weise beim Polizeipräsidium die Feststellung des Vorganges fordern. Das Jürgen der Polizei, die nötigen Feststellungen zu machen, beweist, wie unangenehm die Aufdeckung der Sprengstoffgeschichte durch den Genossen Abel dem Polizeipräsidium war. Das ist der nackte Tatbestand, wie er bereits durch die Polizeipresse bekanntgegeben wurde.

Warum liegt jetzt die Polizei, daß sie es war, die im Büro der RH Sprengstoffe gefunden hätte, nachdem einwandfrei festgestellt wurde, daß sie erst auf die Aufforderung des Genossen Abel zum "Finden" gezwungen werden mußte? Der Genosse Abel sagte der Polizei, als er seine Meldung machte, auf den Kopf zu, daß die Dynamitliste von den Agenten der Polizei in dem Büro der RH untergelegt wurde. Daselbe wurde sofort in unserer Parteipresse festgestellt. Weshalb ist zu dieser doch schweren Anklage das Polizeipräsidium Roskes so schwierig?

Es ist ganz klar, welchen Zwecken die Sprengstoffliste im Büro der RH dienen sollte. Das ausgerechnet ein "Kommunist", der die Kiste hatte, eine Bank, die sich im gleichen Hause befindet, zu sprengen, in dem die RH ihr Büro hat, keinen Sprengstoffvorrat im Büro der RH unterstellt, dieser Gedanke ist so dummkopfisch und dreist, daß ihm kein Mensch mit gelunden fünf Sinnen auch nur glauben wird. Einer solchen Dummkopf ist nur ein preußisches Polizeipräsidium fähig. Und was der Polizeibericht noch weiter zu sagen hat: "Der Sprengstoff soll angeblich im Juni 1928, also nur mehr als einem Jahre, im Steinbruch der Hannoverschen Kalk- und Mörtel-Werke in Springe gestohlen worden sein." Über ein Jahr wird also dieser Sprengstoff an einer anderen Stelle aufbewahrt; in dem Augenblick, wo er gebraucht wird, bringt man ihn in das Büro der RH. Diese ganze Sache trägt so offenkundig den Polizeistempel auf der Stirn, daß es in keiner Weise schwer fällt, die Urheber des sogenannten Sprengstoffattentats in Hannover festzustellen. "Der Attentäter gehört der KPD als Mitglied an." Sollte angenommen, es wäre der Fall, dann wäre damit nur bestätigt — wie wir das schon wiederholt feststellen —, daß die Polizei ihre Agents provoziert in die Reihen unserer Partei sendet, um sich eine Handhabe für das Vorgehen gegen unsere Partei wenigstens für die öffentliche Meinung zu verschaffen.

Was sollte mit der Sprengstoffkiste gesprenkt werden? So dummkopfisch der ganze Plan war, so viel polizeitechnische Methoden stand aber dahinter. In der Nacht, als abends zuvor der Genosse Abel vom Polizeipräsidium den Abtransport der Sprengstoffkiste, die die Polizei in das Büro der RH selbst eingeschmuggelt hatte, energisch forderte, geschah in der erwähnten Bank

Barricadenkämpfe in Polen

Lublin, 21. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Zwischen den Arbeitern der Fabrik Krusche u. Enders bei Lodz und der Polizei kam es gestern zu Zusammenstößen. Die 4000 Mann starke Belegschaft war in den Streik getreten und hatte durch Streikposten die Ausführung von Streikbrecherarbeit verhindert. Die Polizei unternahm einen brutalen Angriff auf die Streikposten und demonstrierenden Arbeiter. Diese setzten sich jedoch zur Wehr und verschwanden sich hinter Barricaden. Es gab auf beiden Seiten Verwundete. Viele Streikende wurden verhaftet.

Die Gegenwehr der Lodzer Arbeiter auf den Barricaden ist nach den Berliner Barricadenkämpfen ein erneutes Zeichen für das Anwachsen der revolutionären Bewegung im Proletariat. Die Barricadenkämpfe signalisieren die Verschärfung der Klassenkämpfe und das heranziehende revolutionäre Auseinandersetzung.

Großer Wahlerfolg der Kommunisten in Polen

Die Sozialdemokraten verlieren 60 Prozent Stimmen, der Regierungsbloc 40 Prozent

Lublin, 21. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Das Ergebnis der vor einigen Tagen stattgefundenen Kommunalwahlen zeigt einen ungeheuren Wahlerfolg der Kommunisten. Für die kommunistische Liste, die von der Polizei annulliert wurde, sind 6933 Stimmen abgegeben worden, gegenüber 3225 Stimmen für die Liste der Sozialdemokratie.

Die Zahl der nichtunterstützten Erwerbslosen steigt

Nach dem Bericht des Reichsarbeitsblattes waren Ende April 1929 vorhanden:

Arbeitsuchende	1 951 076
Arbeitslosenversicherung	1 125 968
Krisenfürsorge	198 780
Nichtunterstützte	626 328

Die Zahl der Arbeitsuchenden ist im Vergleich zum Februar (dem Höchststand der Erwerbslosen im vergangenen Winter) gefunden, gegenüber dem Monat April ist jedoch ein Mehr von rund 600 000 vorhanden!

Ganz besonders auffällig ist die Zahl der nichtunterstützten Erwerbslosen im Vergleich zu den vorhergehenden Monaten. Es waren vorhanden:

Januar	611 432
Februar	607 618
März	579 018
April	626 328

Die Aufstellung zeigt, daß trotz des Sinkens der Arbeitsuchenden die Zahl der Nichtunterstützten um 38 710 gestiegen ist. Und weiter, daß die Zahl der Nichtunterstützten zur Zeit fast ein Drittel sämtlicher Arbeitsuchenden umfaßt.

Grenzen ein Sprengstoffattentat", ohne daß die Polizei jedenfalls durch den Vorhang im Bureau der KdH alarmierte. Polizei der Täter habe offenbar gewußt". Dieser Vorhang zeigt deutlich, was geplant war. Das erklärt, weshalb die Polizei auf die Aufforderung des Genossen Abel jogerte, die Dynamitbombe zu entfernen. Erst sollte die Explosion in der Bank erfolgen, dann wollte die Polizei die "Sprengstoffliste" finden, von deren Vorhandensein sie selbstverständlich von vornherein unterrichtet war. Das Attentat in der bestehenden Bank sollte der Vorwand für Hausdurchsuchungen in den Büros der Partei, der KdH und anderer revolutionärer Organisationen sein, und siehe da, dann hätte die Polizei wirklich die Sprengstoffliste in der KdH "gefunden". Nur durch das mürbe und zweitmäig Vorgehen des Genossen Abel wurde dieser ganze schändliche Polizeiplan vereitelt.

Trotzdem diese Dinge ganz einwandfrei feststehen und die Zusammenhänge vollkommen klar sind, liegt das Stampfer-Papier frisch und direkt: „Es scheint festzustehen, daß die KPD in direktem Zusammenhang mit dem Sprengstoffattentat steht.“ Diese frechen Verleumdungen und Lügen beantworten klar die Frage, was gespielt werden sollte. Man hoffte beim Gelingen des provokativen Blaues der Rote-Polizei in Hannover einen plausiblen Grund für das Verbot der KPD, der KdH und anderer revolutionärer Organisationen zu haben.

„Die KPD zu verbieten, meine Herren, ist nicht eine so einfache Sache; dazu bedarf es großer Vorbereitungen!“ So sprach der Reichsinnenminister Seesing im Reichshaushaltsausschus. Da die „Herren“ Sozialdemokraten müssen ja schon allerlei Mühe geben, um die KPD zu „sprengen“. Nachdem sich die Partei durch das blutige Gemetz vom 1. bis 4. Mai in Berlin nicht proponieren ließ, nachdem die Angeln Jörgiebels die Partei nicht ausseiner Fortsetzung und keinen plausiblen Grund zum Verbot gaben, müssten fiktive Kriegswaffen aufgefahren werden: Dynamit! Nur der mutigste Wohlstand unserer Genossen in Hannover, besonders des Genossen Abel, war es zu danken, daß die Dynamitbombe in der Hand derer explodierte, die sie gegen die Partei jagend waren.

Der Genosse Abel hat nach den Regeln jener mutigen Soldaten gehandelt, die bei einem Handgranatenangriff nicht in Todesverzweiflung den Kopf in den Sand rissen, sondern mutig das Mordinstrument zurückfliegend auf die, die es geworfen haben. In heller Verzweiflung stammelt jetzt Stampfer: „Es scheint festzustehen...“ Nein, es scheint nicht nur festzustehen, sondern es steht sogar einwandfrei fest. Aber nicht, wie Stampfer frisch, daß die KPD im direkten Zusammenhang mit dem Sprengstoffattentat steht, sondern daß dieselben Attentäter, die den planmäßigen Niedergang des Berliner Proletariats mit Maßnahmen und Panzerwagen organisieren, identisch sind mit denen, die das Sprengstoffattentat in Hannover organisiert haben, um das Verbot der KPD „gut vorzubereiten“.

Verschiedene Bezirke unserer Partei melden uns, daß an den verschiedensten Plätzen Waffenangebote an die Partei gemacht werden sind, und selbst Waffen, wie Maschinengewehre und Minenwerfer, angeboten wurden. Wir fordern unsere Genossen in allen Teilen Deutschlands auf, diese „Waffenlieferanten“ sofort an die Parteinstanzen zu melden, möglichst zu versuchen, genaue Namen, Adressen und Photographien von ihnen zu erlangen, so daß die Partei in der Lage ist, dem schändlichen Treiben der Kreaturen Severings und Grünbergs das erbärmliche Handwerk zu legen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß jetzt die sozial-fascistische „Staatsautorität“ mit allen Mitteln versucht, „agents provocateurs“, diese erbärmlichen Kreaturen der sozialfascistischen Polizei, in unsere Reihen zu schicken. Die Partei muß diesem Treiben der sozialfascistischen Provokationsmethoden die größte Aufmerksamkeit widmen, die „agents provocateurs“ überall stellen und in jedem Halle die gesamte Partei alarmieren. Wir werden im Zusammenhang mit der Sprengstoffprovokation in Hannover in den nächsten Tagen noch weitere Pläne der Seesing- und Grünberg-Polizei der Öffentlichkeit übergeben.

In allen Bezirksleitungen und Zellen, in allen Parteisektionen muß zur Frage der Sicherung der Partei vor den schmutzigen Werkzeugen der „Staatsautorität“ Stellung genommen und entsprechende Sicherungsmaßnahmen getroffen werden. Das ist gegenwärtig eine der wichtigsten Aufgaben, die die Partei überall zu erfüllen hat.

Die „Kanäle der Gewaltlosigkeit“ arbeiten nach amerikanischen Methoden, mit Dynamit und Bomben. In ihrer Verachtung und ihrer Ausweglosigkeit bleibt ihnen kein anderer Weg, als der der „unterirdischen ordinären Verbrecherwelt“, wie es im Polizeitidle heißt. Die „gelösten Waffen“ des Severing-Polizei sind Dynamitattentate, mit denen sie die revolutionäre Bewegung der deutschen Arbeiterklasse „sprengen“ will. Die Arbeiterklasse wird auf die schändlichen Pläne des Sozialfascismus die Antwort nicht schuldig bleiben.

Hermann Remmels

Sozialdemokraten erneut gegen Amnestie

Berlin, 19. Juni. (Eig. Bericht)

Der Reichsausschuß des Reichstages erledigte am Mittwoch zunächst noch einige Abstimmungen zur Verlängerung des Reichspubliziergesetzes. Insbesondere lehnte er die kommunistischen Anträge ab, die gefordert hatten, daß gegen die Verbotswillkür sozialdemokratischer Polizeipräsidienten, gegen die Unterdrückung kommunistischer Zeitungen, gegen die Auflösung des Roten Frontkämpferbundes die Mündlichkeit der Verhandlungen vor dem Reichsgericht gesichert werde. Bis jetzt lehnte es das Reichsgericht ab, über diese Beschwerden öffentlich verhandeln zu lassen. Die Sozialdemokraten insbesondere begnügten sich, statt daß sie dem kommunistischen Antrag zugestimmt hätten, mit nichtsagenden Zusicherungen der Regierung.

In einer Geschäftsausordnungsdebatte forderten dann die Deutschen Nationalen, daß der von ihnen gestellte Amnestieantrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gestellt werde. Die Kommunisten schlossen sich diesem Antrag an, nicht, weil sie für die Freilassung der Hennemöder sind, sondern weil sie wünschen, daß endlich Kriegs- und die in den Gefängnissen der Republik schmähenden proletarischen Kämpfer freigelassen werden, denen die Sozialdemokraten in der letzten Amnestie unter fadenscheinigsten Vorwänden die Begnadigung versagt haben.

Wieder waren es die Sozialdemokraten, die sich gegen die schleunige Beratung einer neuen Amnestie wandten. Sie kamen zusammen mit dem Zentrum und den Demokraten den Antrag auf Beratung des Amnestiegesetzes nieder.

Hilferding fühlt sich erleichtert



Reichsfinanzminister Hilferding: „... und können wohl sagen, daß jetzt bereits große Erleichterungen zu verspüren sind!“

Schamlose Burschen!

Sie lügen wie die Teufel...

Anfang der Woche stimmten die SPD-Minister der weissen Panzerkreuzertruppe zu — die SPD-Reichstagsfraktion aus durchsichtigen Gründen dagegen. Wenige Tage zuvor hatten dieselben SPD-Minister 5 Millionen für Kinderförderung — ein Antrag der Kommunisten — im Bunde mit den Deutschen Nationalen abgelehnt. Und jetzt schreibt das „linke“ Sächsische Volksblatt zur Abstimmung über die zweite Karte:

„Diese 13 Millionen wären viel besser angemessen für die Errichtung unterernährter Schulinder (!) für die im diesjährigen Etat keine Mittel zur Verfügung stehen. (!) Nicht zuletzt auch aus diesen Gründen hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei der namenlosen Abstimmung geschlossen gegen die 2. Karte gestimmt.“ (!)

Kommunist überflüssig. Diese hundsgemeine Schamlosigkeit läßt der „Guten“ nicht sich von selbst in den Augen jedes anständigen klassenbewußten Arbeiters.

Im Beilchen der Konföderatspolitik

Die Polizei beschlagnahmt Hotels und Hodanns Schriften — Der katholische Jungfrauenverein distanziert

München, 21. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

In einer Münchner Buchhandlung erschienen gestern Kriminalbeamte und beschlagnahmten fast die gesamte Fensterauslage, im ganzen 18 Bücher über sexuelle und körperliche Fragen, darunter Hotels „Sexualfragen“ und zwei Bücher von Hodann: „Geschlecht und Liebe“ und „Sexualberatung“; auch das neuere

Buch von Blößner: „Eros im Zuchthaus“ verfiel der Beschlagnahme. In der Begründung wurde angegeben, die „Brotzeit“ Krieger- und Veteranenverein und der katholische Jungfrauenverein hätten Unterschriften gesammelt, auf Grund derer die Polizei gezwungen sei, wegen groben Unsugs der Buchhandlung einzuschreiten.

Braucht man da noch eines besonderen Kommentars? Sozialdemokrat Gräßelstini bemüht sich, die Zustände in „Vaterland“ einzuführen.

Eine Niederlage Jörgiebels

„Vollsocho“ erscheint wieder

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Jörgiebel brachte am 25. Mai gleichzeitig mit der „Roten Fahne“ auch die kommunistische Zeitung „Vollsocho“ für Brandenburg und Sachsen in vier Wochen verboten, weil sie angeblich ein Kopfbild der „Roten Fahne“ sei. Jetzt hat das Reichsgericht entschieden, daß diese Begründung völlig haltlos und das „Vollsocho“ neu legal ist. Das Verbot wurde aufgehoben. Die Zeitung ist bereits wieder erschienen.

Kommunisten sind vogelfrei

Hamburg, 21. Juni.

Die Hamburger Bürgerschaft beschloß in ihrer Mittwochssitzung die Aushebung der Immunität von 25 Mitgliedern der kommunistischen Fraktion zur strafrechtlichen Verfolgung wegen „Widerstandes gegen die Staatsgewalt“. Diese ungemein schwere Maßnahme wird damit begründet, daß die in Frage kommenden Abgeordneten in der Sitzung der Bürgerschaft vom 12. Dezember vorigen Jahres bei ihrer Entsernung aus dem Sicherheitsamt der Polizeibeamten „gewaltsam Widerstand“ geleistet.

Der Totschlagsprozeß gegen Meyer

Der am Montag vor dem Schwurgericht III begonnene Totschlagsprozeß Herbert Meyer entwickelt sich mit jedem Tage mehr zu einem Prozeß von außerordentlich großer politischer Bedeutung. Nachdem am ersten Tage die zugunsten von Staatsanwälten aufstrebenden Zeugzeugen ein volliges Fiasco für das Fundament der Anklage gebracht haben, kommen am zweiten Tage die Entlastungszeugen des Angeklagten zu Wort. Gemeindevertreter Röntgenmäder sagen übereinstimmend aus, daß Herbert Meyer überhaupt nicht als Täter in Frage kommen könne, da er ständig während der ganzen Demonstration in Roth und Glied marschierte. Ferner wurde festgestellt, daß die Abteilung, in der Herbert Meyer marschierte, zur Zeit der Tat noch mehrere hundert Meter von dem Ort des Zwischenfalls entfernt war. Um die Aussagen der Röntgenmäder von vornherein zu entkräften und das unglaublich hinzustellen, wurde sie von dem Klägergericht nicht verordnet. Ein Entlastungszeug teilte mit, daß er beobachtet habe, wie ein ganz anderer Mann als Herbert Meyer mit einem Messer das in Frage kommende Haus verlassen habe. Zukunftsweise kann man sagen, daß der bisherige Verlauf der Verhandlung die völlige Halluzination der Anklage ergeben hat. Allein die 15-jährige Spitzelin Eva Klawe belüftet nach wie vor den Angeklagten. Welchen Wert ihre Aussagen haben, geht aus der von uns bereits mitgeteilten Tatfrage hervor, daß selbst die nächsten Verwandten dieser „Zeugin“ unter Eid aussagten, daß sie unmöglich Beobachtungen über den Zwischenfall hätte machen können. Zur Charakterisierung dieser Zeugin sei noch mitgeteilt, daß sie ihren Vater einer an ihr begangenen Blutschande bezichtigte, der Vater jedoch frischgeprägt wurde.

Bei jetzt ist ernsthaft und beweissträchtig nichts gegen Herbert Meyer festgestellt worden. Um so empörender ist die Tatfrage, daß der Berliner Polizeipräsident Jörgiebel gerade die vor Berhandlung stehende Messerstecherei zum Anlaß des im Dezember vorigen Jahres erlassenen Demonstrationsverbotes genommen hat. In dem damals herausgegebenen Jörgiebel-Uta heißt es u. a.: „... So ist zuletzt am 9. Dezember d. J. gelegentlich eines Demonstrationszuges des Roten Frontkämpferbundes in Berlin-Karlshorst der 25jährige Referendar Günther Schöller von politischen Gegnern überfallen und ermordet worden. Alle Umstände und überhaupt alle Versammlungen unter freiem Himmel bedeuten daher zur Zeit eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit Berlins.“

Der Prozeß gegen Herbert Meyer zeigt grell die Unmäßigkeit dieser damaligen Darstellung der Polizei auf. Es zeigt sich, daß dieser Fall nur dazu diente, den Polizei einen Vorwand zu einer verstärkten Hege gegen den RFB zu bieten. So, daß man diesen Fall brauchte, um endlich das durchdringen zu können, was man sich seit langem wünschte: den Roten Frontkämpferbund zu verbieten.

Vom Tage

Wieder zwei Tote bei einem Brande

II. Berlin. In einer Malerwerkstatt im Nordosten Berlins entstand am Mittwochnachmittag Feuer, das auf die leicht brennbaren Stoffe in der Werkstatt übergriff. Ein junger Mann und ein junges Mädchen, die sich bemühten, vor einem Vorwand zu einer verstärkten Hege gegen den RFB zu dienen, so, daß man diesen Fall brauchte, um endlich das durchdringen zu können, was man sich seit langem wünschte: den Roten Frontkämpferbund zu verbieten.

Ein furchtbare Unfall

II. Kopenhagen. In Askborg ereignete sich am Dienstag ein schrecklicher Unfall. Eine Radfahrerin stieß in der Hauptstraße mit einem Radfahrer zusammen, der eine Senné auf dem Rücken trug. Bei dem Zusammenstoß fielen beide von den Rädern, das Mädchen so unglücklich, daß ihr die Senné den Kopf aufschlug. Die Unglückliche starb während der Ueberführung in das Krankenhaus.

Glühende in Neuport

II. Neuport. Die Hitze hat sich in den letzten 24 Stunden noch gesteigert. Am Dienstag stieg das Thermometer auf 33 Grad Celsius. Fünf Menschen erlitten Hochfiebers.

Achtung Betriebsräte

Montag den 24. Juni, 19.30 Uhr, in den Annenjäten Fortschung des Betriebsrätekurses.

Genosse Grüner spricht über: Fragen aus der Praxis.

Es ist Pflicht aller oppositionellen Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, an den Kursen teilzunehmen.

KPD-Eisenbahner

Montag, den 24. Juni, 17.30 Uhr, im Brandenburger Hof, Ecke Peter- und Berliner Straße, wichtige oppositionelle Eisenbahner-Tagung

Es ist dringend notwendig, daß auch alle Kollegen erscheinen, die auf den oppositionellen Betriebsrätelisten sind, und dabei haben, besonders diejenigen, gegen die vom EDE ein Ausschlußverfahren eingeleitet wurde.

Sozialdemokratische Abstimmungskomödie im Reichstag



Edels Bekennnis zur Großen Koalition

Ergebnislose Ministerpräsidentenwahl — Nazis stimmen für Vertreter der Schwerindustrie

3. Landtagsitzung

Dresden, den 20. Juni 1921.

Wiederum steht auf der Tagesordnung als 1. Punkt: Wahl des Ministerpräsidenten. Aber auch heute steht fest, daß es den Standort und Dobbert noch nicht gelungen ist, eine Regierung zusammenzubringen. Die Tribünen sind zum Brechen voll. Nach Eröffnung der Sitzung fordert Blüher (DB), die Wahl des Ministerpräsidenten zu verschließen. Die Herren sind also mit ihrem Kuhhandel noch nicht fertig und brauchen Zeit. Hier zeigt sich wiederum deutlich, wie groß die widerstreitenden Tendenzen der einzelnen bürgerlichen Gruppen sind. Dann beweist der Nationalsozialist Meier, daß auch diese neue Gruppe der Freikirchen sich eben in den kapitalistischen Staat einpaßt. Er erklärt, seine Partei sei grundsätzlich bereit, eine Regierung zu unterstützen.

Genosse Renner fordert sofortige Annahme der Wahl.

Bei der Abstimmung

wird mit den Stimmen der KPD, SPD und Nazis die Vornahme der Wahl beschlossen und damit der für die Bürgerlichen so helle Punkt doch behandelt. Als einziger Redner ergreift zu dieser Frage:

Genosse Renner

das Wort. Die Dresdner Volkszeitung schreibt, daß die KPD wenig Zettel abgebe und damit einer bürgerlichen Regierung in den Sessel setze. Es schallt überhaupt das die SPD? Im abzulösen davon, daß in Wirklichkeit die SPD das größte Interesse an der Bildung der Koalition und insgesamt auch an der Verhinderung der Tagesordnung hat. In der Landesversammlung der SPD fanden sich 17 Stimmen für die Koalition. Wer erlebt hier das Schauspiel, daß diese 17 wiederholen, was die 23 USP-Leute früher in der SPD getan. Kein Zufall, daß in Bezug der Abgeordnete Wehle für die Koalition sprach und in Dresden, der Hochburg Edels, der koalitionsmüsterne Abgeordnete Dobbert eine ganze Reihe Vorträge hält. So soll deshalb die Stimmung für die Koalition mit dem Bürgerkampf erzeugt werden. In derselben Linie liegt auch ein Artikel im Kämpfendem, dem Organ der Linken". In diesem Artikel wird u. a. auch verlucht, Angst vor der "Herrschaft" der Nazis zu machen. Schon aus diesem Grunde sei die Beteiligung der SPD an der Koalition nötig. (11)

Das, was die SPD sagt, klingt jetzt ganz anders als das, was Edel vor den Wahlern sagte. Die Arndt, Dobbert, Wehle arbeiteten mit Hochdruck. Dazu kommt, daß die lästigen Linken die Politik der Müller, Severing auch in Sachen durchführen müssen. Wir werden Ihnen (zur SPD) ihr demagogisches Spiel nicht durch Abgabe bestriebener Stimmzettel erschließen, sondern wir werden weiße Zettel abgeben, und Sie daran zweifeln, vor der gesamten Arbeiterschaft ihre Demagogie zu entblößen. (Lebhafte Beifall bei den Komm.) Danach wird in die Wahl eingetreten.

Die Nazis wählen den Vertreter der Schwerindustrie!

Die Abstimmung ergibt, daß alle Fraktionen ihren Abgeordneten gewählt haben. Von der Deutschen Volkspartei aber erhält Blüher die Stimmen seiner Fraktion (12 Stimmen) und sein Fraktionsgenosse Bünger 7 Stimmen, von denen ohne Zweifel 5 Stimmen von den Nationalsozialisten stammen. Sie geben damit ein drastisches Beispiel, wie ihr Gesicht von der "Totalitätschaft" gegen die bürgerlichen Parteien zu werten ist. Auf der anderen Seite ist interessant und sicher kein Zufall, daß während der ganzen Verhandlungen der koalitionsmüsterne Dobbert (SPD) mit seinem zukünftigen Koalitionspartner, dem Demokraten Dr. Kastner, eifrig konferiert. — Nachdem die Wahl auch das zweite Mal mit einem "toten" Rennen geendet, wird zur Beratung des Entwurfes übergegangen.

Im längeren Rade begründet der Finanzminister Weber die Notwendigkeit der Streichung der Ausgaben für soziale und kulturelle Zwecke. Nach ihm nahm Edel (SPD) das Wort. Er begründet mit viel rohalem Threnen den Eintritt in die große Koalition, sprach deswegen auch mehr gegen die Person des Finanzministers als gegen den Staat! Dabei möchte er stark in Sonderwirtschaft und Kommunistenhege, um die Arbeiter von den

Schänden der SPD abzulenken. Dann legt er das Bekennnis zur Koalition ab und erklärt:

Selbstverständlich ist es das Ziel der SPD, an der Regierung teilzunehmen. Edel sprach nicht mehr von Alleinherrschaft, von der man vor kurzem noch sehr viel hörte. Alles andere, was Edel sonst noch sagte, sollte von dieser Tatsache nur ablenken. Dann nahm ein anderer Koalitionspartner — Blüher (DB) das Wort. Er erinnerte die SPD an die Tätigkeit des sozialdemokratischen Reichsfinanzministers. Die SPD wisse doch, daß die finanzielle Rot der Länder und Gemeinden durch die Finanzpolitik Hilsfelding verursacht sei. Für die kommunistische Fraktion sprach

greiflichen Gründen. Die Art, wie Edel auf unsere Kritik reagiert, beweist, wie unsere Ausführungen ins Schwarze getroffen haben. Nicht lange mehr wird es dauern und Herr Edel hat ausgespielt. Die Anwälte, die Dobbert und Arndt sind schon auf dem Sprunge. Bald werden sie wie Braun in Preußen — regieren. Dann werden auch vielleicht die Wünsche des Herrn Edel nach einem Adressatenpunkt der Staatszeitung bestreift und der Streit mit Liebmann wird begrenzt werden, denn der Streit ist doch rein persönlicher Natur. Nun noch ein paar Worte zu der Vorlage. Es ist selbstverständlich, daß wir die Mittel für Gefängnisse und Kirchen ablehnen. Im übrigen werden wir zu den einzelnen Punkten Stellung nehmen. Von unserer klaren, konsequenten Haltung wird uns niemand abrufen.

Genosse Renner

Er hält eine scharfe Abrechnung mit den Sozialdemokraten.

Es ist bezeichnend, daß bei der neuen Vorlage des Staats zwei alte Ausgaben für Polizei, Justiz und die anderen Unterstützungsapparate in voller Höhe wieder eingelegt sind, daß über sozialen und kulturellen Ausgaben ganz wesentliche Abtritte vorgenommen wurden. Das zeigt sich am ehesten, um nur ein Beispiel zu bringen, bei dem Wohlfahrtsrat, dem Wohlfahrtsrat, bei dem allein über eine Million Mark gestrichen wurden, dem Ausbau der Kliniken u. l. w. Dagegen werden wir hart kämpfen. Wir werden zu den einzelnen Positionen noch Stellung nehmen und entsprechende Anträge einbringen. Doch nun zu den Ausführungen des Sozialdemokraten Edel. Er hat einige radikale Phrasen gemacht, doch dabei ganz klar das Bekennnis zur Koalition abgelehnt. Edel hat die Reichspolitik seiner Partei verteidigt. Das sagt doch genug! Die SPD erklärt, sie habe das schamlose Etat des Bürgerkampfes anzutreten? Auf die Steuerabschaffung Webers an die Haushaltsschäden, die Edel angriff, wies Genosse Renner auf die Millionenabschaffung hin, die Edels Partei genossen Hilsfelding an die Bevölkerung mäßigte. Hilsfelding hat erhöht die Tabaksteuer, die Biersteuer, die Lohnsteuer und manche andere, aber Edel hat die SPD für Panzerkreuzer und Millionenabschaffung an die Bevölkerung. Edel hat heute den Polizei- und Staatsapparat nicht angegriffen. Das hat auch seinen Grund, denn Herr Edel rechnet damit, daß in nicht allzu langer Zeit seine Parteifreunde in diese Kämmer ziehen werden. Herr Edel weiß sehr gut, daß sich seine lästigen "Linken" dann ganz genau so verhalten werden wie z. B. Jörziedel. Vor dem Anmarsch der revolutionären Arbeiter flüchtete sich die SPD in den kapitalistischen Staatsapparat. Die letzten Abstimmungen im Reichstag über die verschiedenen Positionen der Reichswehr- und Marine haben erneut die arbeiterfeindliche Einstellung der SPD gezeigt. Was bleibt da noch von dem übrig, was Edel sagte? Worte, nichts als leere Worte! Edel hat behauptet, daß in Russland die Arbeiter ungeheuer verteuert würden. Er hat es nur behauptet, den Beweis dafür anzutreten unterläßt er aus de-

Kein Terror wird uns schrecken, noch zurückhalten, unseren Kampf für die Interessen der Werkstätigen fortzusetzen. Wir sagen den Arbeiter: Es gibt nur einen Ausweg aus dem Elend: Sturz der kapitalistischen Gesellschaft und Ausrufung der Herrschaft der Arbeiter. (Stürmischer Beifall bei den Komm.)

In der weiteren Debatte sprechen noch Siegert (Da. Sp.) und Dr. Dehne, die sich selbstverständlich für den Staat aussprechen. Aus demagogischen Gründen machen sie kleine Vorbehalt. Dann gibt der Präsident die nächste Sitzung bekannt. Sie soll, damit der Kuhhandel fertig wird, erst am 2. Juli stattfinden. Dagegen polemisierten die Kommunisten und verlangten, daß die nächste Sitzung am 25. Juni stattfindet und wieder als erster Punkt die Wahl des Ministerpräsidenten stehen soll. Außerdem sollen die Erwerbslosenanträge behandelt werden. Der Antrag wird mit den Stimmen der KPD, SPD und den Nazis angenommen. Zur Befriedigung des Finanzministers nimmt Dr. Wilhelm (Wirtschafts) das Wort. Interessant ist bei seinen Ausführungen, daß Finanzminister Weber "beinahe gegen die finanzpolitischen Grundsätze seiner Partei arbeitet". Auch (DB) nimmt Weber gegen Angriffe in Schutz. Nun mehr ergibt sich Dobbert (SPD) — (einer Dobbert der SPD das Wort. Er ist in seiner Kritik so vorstichtig, als wenn die SPD schon in der Koalition wäre. Zweifelsadne ist das Wörtchen Dobbert als Redner ein deutlicher Wint an die Bürgerlichen, gleich am die Antwort der SPD auf die Abstimmung der Nazis! Um jedoch die wirkliche Abstimmung der SPD zu verschleiern, macht Dobbert zum Schlussteil, daß in nicht allzu langer Zeit seine Parteifreunde in diese Kämmer ziehen werden. Herr Edel weiß sehr gut, daß sich seine lästigen "Linken" dann ganz genau so verhalten werden wie z. B. Jörziedel. Vor dem Anmarsch der revolutionären Arbeiter flüchtete sich die SPD in den kapitalistischen Staatsapparat. Die letzten Abstimmungen im Reichstag über die verschiedenen Positionen der Reichswehr- und Marine haben erneut die arbeiterfeindliche Einstellung der SPD gezeigt. Was bleibt da noch von dem übrig, was Edel sagte? Worte, nichts als leere Worte! Edel hat behauptet, daß in Russland die Arbeiter ungeheuer verteuert würden. Er hat es nur behauptet, den Beweis dafür anzutreten unterläßt er aus de-

Bon der ersten bis zur zweiten Rate

Hermann Müller, Severing, Hilsfelding und Wissell stimmen bei der Abstimmung zum Reichswehretat gegen den kommunistischen Antrag auf Streichung der 2. Panzerkreuzer, für die 2. Rate und für das gesamte Marinabauprogramm. Die sozialdemokratischen Abgeordneten stimmen bei dem ersten kommunistischen Antrag noch gegen die 2. Rate und für den Antrag, wenige Minuten später stimmen Sozialdemokraten und Bürgerliche gemeinsam gegen den kommunistischen Antrag, die Rate von 6,5 Millionen Mark für den Bau des Panzerkreuzers "Köln" zu streichen.

Diese Abstimmungen sind jede für sich bedeutsam. Die SPD legt die Beschlüsse des Magdeburger Parteitages in die Tat um. Ihre Taten sind Kriegsvorbereitungen. Bewilligung des imperialistischen Kriegsprogramms auf der ganzen Linie. Die erste Abstimmung zeigt einen scheinbaren Gegenzug zwischen dem Ver-

balten der sozialdemokratischen Minister und Abgeordneten. Das Verhalten der SPD mit dem kapitalistischen Staatsapparat bestimmt die Abstimmung. Die Minister stehen über Fraktion und Partei. Die Fraktion ist natürlich auch ein Teil des Staatsapparates, aber ein Teil, der andere Aufgaben hat als die Minister. Unter anderem die Aufgabe, die Wählermassen zu halten und zu beschwichtigen. Deshalb konnte die Fraktion bei der zweiten Rate nicht umhin, den breiten Wählermassen eine "Opposition" gegen die Kriegsrüstungen vorzutäuschen. Morgen werden sie auch als Fraktion offen für alle weiteren Raten und Bauten stimmen. Die zweite Abstimmung über die Streichung des Panzerkreuzers "Köln" hat dies schon klar gezeigt.

Von der Bewilligung der 1. Rate zur Abstimmung über die 2. Rate führt ein langer Weg. Nicht für die Hermann Müller, Severing, Hilsfelding und Wissell. Sie stehen zu ihrer Abstimmung am 10. August zur Bewilligung des Panzerkreuzers. Sie blieben konsequent und brachten in den Fragen des Imperialismus sich gar nicht anders einzustellen als am 10. August 1920. Was seitdem geschehen ist, betrifft nicht die Entwicklung der Hermann Müller, Severing usw., sondern den Panzerkreuzer des Müller und Severing. Mit dem Magdeburger Parteitag und mit der Abstimmung im Reichstag wird eine Etappe dieser Entwicklung abgeschlossen. Von Anfang an war der Panzerkreuzer für die breiten Massen der sozialdemokratischen Wähler und der proletarischen Mitglieder der SPD ein Symbol für den gesamten Kurs der SPD. Diese symbolische Bedeutung kommt auch der letzten Abstimmung zu, die den Schlüpfen auf die erste Etappe legt. Im wechselnden und widersprüchlichen Verlauf eines Kampfes zwischen dem imperialistischen Kurs der SPD-Führung und der proletarischen antiimperialistischen Schichten ist durch die Unterwerfung der "linken" Sozialimperialisten der Sieg des Panzerkreuzerkurses Schritt für Schritt errungen worden. Aber dieser innerparteiliche Durchbruch ist kein Abschluß der Panzerkreuzerfrage überhaupt, sondern nur der Abschluß einer Etappe. Der Panzerkreuzerfrage hat sich zur Kriegsfrage entwidelt. Sie steht unter neuen Bedingungen inmitten einer weiteren ungewissen Verstärkung der Kriegsgesetze auf der Tagesordnung. Die Krise der SPD verschärft zu gleichfalls mit der Entwicklung vom Sozialimperialismus zum Sozialfaschismus. Die Niedergabe der oppositionellen Arbeiter in der SPD, die glaubten, in dieser Partei einen antimperialistischen Kurs durchsetzen zu können, schafft für eine neue Situation. Die Krise der organisierten Brüder mit der SPD wird nicht nur einzelne, sondern für ganze Gruppen der Schichten der sozialdemokratischen Arbeiter immer akuter. Der imperialistische Kurs der SPD offenbart sich in innerdeutscher Beziehung als sozialfascistischer Diktaturskurs. Die Empörung über die Panzerkreuzerbewilligung verbündet sich mit der Empörung über den Jörziedel-Kurs.

Gewiß, wir dürfen nicht vergessen und übersehen, daß die linke Sozialdemokratie noch bestimmt, wenn auch weniger Möglichkeiten hat, die sozialdemokratischen Arbeiter und Wähler zu betragen. Es gilt, das Umstauen der Unzufriedenheit in den Bruch mit der SPD als einen Prozeß zu erkennen. Aber das entscheidende Merkmal der gegenwärtigen Lage ist, daß dieser Prozeß in beschleunigtem Tempo vor sich geht. In solchen Zeiten kommt aber der Beeinflussung der sozialdemokratischen Arbeiterwähler durch die Kommunistische Partei eine entscheidende Bedeutung zu. Diese Beeinflussung steht nicht im Widerspruch zum allerharschesten ironungslosen Kampf gegen die verräderische SPD, im Gegenteil. Die Loslösung der sozialdemokratischen Arbeiter von ihren beräderischen Führern geht gleichzeitig mit diesem verschärfsten Kampf vor sich. Ein Element deselben.

Auch die große Antikriegskampagne, die ihren Höhepunkt in den gewaltigen Massendemonstrationen am 1. August erreicht wird, ist eine Gelegenheit, und zwar eine der wichtigsten, um die Kriegsvorbereitungen der sozialdemokratischen Herrscher der Bourgeoisie zu entlarven und den schwankenden Arbeitern den einzigen Weg des Kampfes gegen das neue Völkerregiment, den Weg der proletarischen Revolution zu zeigen. Am 1. August werden bereits Teile der bisherigen Arbeiterreferenzen der Sozialdemokratie an unserem Auftauch teilnehmen und sich zu unseren revolutionären Lösungen bekennen.

Wahlmanöver der SPD

die Forderungen für die Arbeiter stellt, stellt der nächste die Forderungen für eine andere Bevölkerungsklasse."

Der Antrag hat dann in mehreren Sitzungen der Stadtverordneten wieder eine Rolle gespielt. Die Direktion und der Verwaltungsrat lehnten den Antrag mehrmals ab. In ihrer ablehnenden Stellung wurden sie gestützt von der SPD, die bei all diesen Verhandlungen nicht das Interesse der Werkstätigen, sondern das Interesse der Direktion in den Vordergrund stellte. Am Markt erschien sich das aus der Rolle, die der Vertreter des Gouvernements vom Verwaltungsausschuß der Stadtverordneten, der jetzige sozialdemokratische Vertreter Döltzsch, in der 9. öffentlichen Sitzung vom 21. Januar, gehalten hat. Zur Frage der Verbilligung der 12-Renten und der Arbeiterwochenkarten erklärte dieser damals nach dem Stenogramm von dieser Sitzung Seite 91:

"Wir haben den Rat damals darum ersucht, die Sache weiter im Auge zu behalten und eine Verbilligung der 12-Renten und der Arbeiterwochenkarten zu erwägen und eventuell durchzuführen. Das Schuh hat im Verwaltungsrat der Straßenbahn und in der kleinen Direktion, die diese Arbeit zu bearbeiten hatte, eingehende Beratungen unterlegen, und es hat sich ergeben, daß die Kommission und der Verwaltungsrat der Straßenbahn zu der Überzeugung gekommen sind, daß Ende vorigen Jahres im November und Dezember und am wenigsten jetzt im Januar die Möglichkeit besteht, die Veränderung durchzuführen. Man muß sagen, daß man sich überzeugen lassen muß, daß es jetzt nicht möglich ist, wenn man auch den Wunsch hat, wie es im Plausch allgemein der Fall war, daß die Preise herabgesetzt werden."

Noch im Jahre 1920 wurde entlaufen, der Haushaltungsplanberatung die von den Kommunisten gestellte Forderung in das Gutachten mit aufgenommen. Auf die Forderung hat die Direktion bzw. der Verwaltungsrat das jetzt noch nicht geantwortet. Wenn es den Sozialdemokraten um mehr als Wahlmachte zu tun wäre, dann hätten sie im Verwaltungsrat nur für den Antrag stimmen brauchen. Die Tatsache, daß sie dort, wo sie nicht unter der Kontrolle der Werkstätigen stehen, die Anträge ablehnen, ferner die von uns gebrachten Motte aus den Reden von Vertretern der SPD bei Behandlung dieser Anträge im Stadtverordnetenkongress zeigen, daß es sich nur um neue Einschließungsmaßnahmen nach dem Rezept Künzler handelt. Die Werkstätigen dürfen sich nicht erneut von diesen Versprechungen einschließen lassen, sie müssen weiter nach den harten Tatsachen. Gibt dieser Gesellschaft für ihr heuchlerisches Spiel mit den Interessen der Werkstätigen die einzige richtige Antwort durch Wahl der Kommunisten am 17. November?

Kollegium mögl. beobachten:

- daß, so lange der Verwaltungsrat der Straßenbahn sitzt als nicht konstituiert betrachtet, keine Befugnisse vom den Stadtverordneten ausgelöst werden;
- in Ausübung dieser Befugnisse die Fahrzeitverkürzung von 12 auf 8 Minuten zu verfügen und die Fahrtpreise wesentlich herabzusehen;
- Arbeiterwochenkarten auszugeben mit 12 Jahren für 80 Pf. gegen Belehrung des Arbeitgebers und der Arbeitnehmervertretung.

In der Diskussion zu diesem Antrag erklärte der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion, der Stadtverordnete Robert Fischer:

"Ich sehe zwar auf dem Standpunkt, daß der Antrag abgelehnt werden soll, aber auch wenn er angenommen würde, wird er in letzter Linie verputzen, weil er zwecklos ist." Und in einer Polemit erklärte denselbe Fischer:

"Wenn Herr Stadtverordnete Werner ausführt, daß er nicht verstehe, wie ich sagen könne, daß in der Form, wie Herr Kollege Grüner es wünschte, Wochentickets nicht eingeschafft werden können, so tut mir das leid, das kann ich nicht ändern. Ich weiß aber, daß nach dem System, wie es Herr Kollege Grüner wünscht, es vollkommen unmöglich ist, dieses durchzuführen. Das entschuldigt Sie aus den Neuerungen des Herrn Kollegen Blumentritt, denn in dem Augenblick, wo der eine

Konsortat Nummer 2

Von Kazimir Sublimier

herr Braun kräht sich die Kehle wund,
Dass Konsortat sei halb so wild...
Der Papst spigt lächelnd seinen Mund
All seine Wünsche sind erfüllt.
Er ordnet ein Teidum an,
So billig erbt er noch nie —
Schon Ebert war ein braver Mann,
Doch Braun, der ist ein Prachtgenie.

Indessen man noch schwanger geht,
Frischheit von dem römlchen Wind,
Macht ihrerseits Krawall geschwind
Die andre Himmelsfakultät.
Auch Luthers Schäflein hauen ab,
Im Sädel klafft ein großes Loch,
Die Kirchensteuern werden knapp,
Raum langt es für die Spesen noch.

Nun, auch das Konistorium
Wird schlüßen seinen Staatsvertrag...
Braun kriegt die Fraktion schon rum,
Die stimmt mit ihm für jeden Tag.
Der „Staatsmann“ Braun, der kennt den Katt,
Was Gott will, sia, das wird gemacht,
Die SPD tut wader mit —
Nacht über Preußen! ... Schwarze Nacht!

Arbeiter von Dresden!

Heraus zum Protest!

Am 7. Juni 1929 wurden auf die freie Denunziation eines Achtigrotenjungen hin die Arbeiter Kelch und Schröter verhaftet, die beschuldigt werden, auf die Straßen die Worte

„Rot Front lebt!“

geschrieben zu haben. — fordert die sofortige Freilassung der beiden inhaftierten Arbeiter! Protestiert gegen die Polizeiwillkür des Sozialistischen Ruhm! — Arbeitnehmer, Arbeiter! Es sieht in Massen zur

Protestversammlung

Sonntagnachmittag, den 22. Juni, 20 Uhr im Karlshof, Karlstraße.

Rote Hilfe Deutschlands, Dresden-Johannstadt.

Das Kommunistische Manifest vom Staatsanwalt verboten

Eine rigorose Maßnahme gegen die Gefangenen am Münchner Platz

Die Rote Hilfe schreibt uns: Vor einiger Zeit wurden aus der Gefangenbibliothek der Roten Hilfe Dresdner einem Untersuchungsgefangenen in der Gefangenanstalt auf dem Münchner Platz Bücher übermittelt; das „Kommunistische Manifest“ und „Wege zum Oktober“. Diese Bücher wurden dem Untersuchungsgefangenen nicht ausgeliefert, sondern von der Staatsanwaltschaft wegen „hochverdächtigen Inhalts“ beschlagnahmt. Wir haben in der letzten Zeit schon verschiedene Male festgestellt, daß sich die Staatsanwaltschaft Dresden Dinge anmaßt, die sich selbst ein Seizing gegenüber der Arbeiterschaft noch nicht erlaubt hat: Dokumente zu verbieten, nicht den Gefangenen auszuhändigen, die seit Jahrzehnten schon zum Bestand der Weltliteratur gehören.

1848 ist das „Kommunistische Manifest“ von Karl Marx geschrieben und veröffentlicht worden. 19 Jahre nach der „Deutschen Revolution“ verbietet ein Staatsanwalt in dieser „freien Republik“ das „Kommunistische Manifest“. Das Buch „Wege zum Oktober“ wurde dem Justizminister überwiesen, um dort den

bolschewistischen Bazillus“ festzustellen, der das Gemüt der Gefangenen revolutionär beeinflussen könnte. Trotz mehrmaliger Aufforderung an die Staatsanwaltschaft sind bis heute die Bücher noch nicht zurückgegeben worden.

Die Beschlagnahme von Arbeiterliteratur, das Verbot der Roten Fahne, das Verbot des Roten Frontkämpferbundes, die Vorbereitung des Verbots der Kommunistischen Partei zeigt der Arbeiterschaft klar und deutlich den Weg, den die deutsche Bourgeoisie unter der Führung der Sozialistischen Seering und Hermann Müller gegen das deutsche Proletariat eingeschlagen hat. Mit den Mitteln des faschistischen Terrors will man sich eine gefügte Arbeiterschaft schaffen, um den Krieg gegen die Sowjetunion ungestört vorbereiten zu können.

Der Eintritt in die Partei des revolutionären Proletariats in die Kommunistische Partei ist die heile Antwort, die Waffe des Faschismus zu bekämpfen und die Macht der Arbeiterschaft aufzurichten.

Dresdner Spritschieber vor Gericht

Ein Strafprozeß wegen Hinterziehung der Monopolabgabe — Das Reich um rund 200 000 Mark geschädigt

Ein großer Strafprozeß wegen Vergehens gegen das Branntwein-Monopolgesetz kam am Dienstag vor dem Schöffengericht Dresden zur Verhandlung. Die Anklage richtete sich gegen den aus Kreisburg gebürtigen Kaufmann und Pachtobranten Bernhard Max Mouton, den Betriebsleiter Union Turra, dessen Sohn Oskar, Erich Ullm, sowie gegen die Kaufleute Brüder Friedrich Wilhelm Winkler und Paul Kurt Winkler aus Dresden. Der Firma Mouton, Ladengeschäft, war auf deren Antrag hin verbilligter Sprit zu gewerblichen Zwecken verboten worden. Nach der Anklage haben Mouton und Turra mit Unterstützung des Ullm den verbilligten Sprit unter grober Täuschung der Zollbeamten in großen Mengen unvergällig in die Hände bekommen. Schätzungsweise handelt es sich um fast 4 800 Liter Sprit. Der Schaden des Reiches wird mit 187 782 Reichsmark errechnet. Der Sprit wurde mit gutem Verdienst an Trinkbrunnenhersteller verkauft. Den Brüder Winkler wurde zur Haft gelegt, daß sie für Rechnung des Mouton im Jahre 1925 etwa 1000 Litern vergälligten Sprits durch ein besonderes Verfahren das Vergällungsmittel wieder entzogen haben. Auf diese Weise ist das Reich um rund 4500 Mark geschädigt worden. Mouton wurde zu zwei Jahren sechs Monaten, Turra zu einem Jahr sechs Monaten und Ullm zu sechs Monaten drei Tagen Gefängnis verurteilt, ferner ein jeder von ihnen zu 736 000 Reichsmark Geldstrafe oder je ein weiteres Jahr Gefängnis Erhöhung, und zu je 199 759 Reichsmark Werterhöhung. Friedrich und Paul Winkler erhielten je ein Jahr Gefängnis, 12 640 Reichsmark Geldstrafe und 2400 Reichsmark Werterhöhung auferlegt. Paul Winkler wurde ferner wegen Monopol-Schlechel zu 18 400 Reichsmark Geldstrafe und weiteren 5002 Mark Werterhöhung verurteilt. Die beschlagnahmten Spritmengen und Mouton und Turra gehen ferner den bürgerlichen Ehrentrechte auf die Dauer von je fünf Jahren verlustig. Sie wurden sofort in Haft genommen.

Betrüger mit gefälschten Kennwertscheinen. Obwohl von der Kriminalpolizei in der letzten Zeit mehrere Personen ermittelt und der Staatsanwaltschaft angeführt werden konnten, die Betrügerei mit gefälschten Kennwertscheinen verübt hatten, gelingt es doch immer noch einzigen verdächtigen, bisher unbekannten Opfern für ihre Schwindelmanöver zu finden. Sie treten meist in den Abendstunden in öffentlichen Lokalen auf. Unter den Angaben, bei einem fortgeführten Pferderennen einen größeren Gewinn erzielt, infolge einer unausschließbaren Rette über seine Zeit zum Gewinnen der Wettscheine zu haben,

bringen sie die gefälschten Scheine an den Mann. Um Entgegenkommen zu finden, verzichten sie auf die volle Auszahlung des Gewinnes und geben sich mit einem kleineren Betrag zufrieden. Zweifler überzeugen sie an Hand der aushangenden Kennscheinen, denen die gefälschten Scheine natürlich angepaßt sind. Erst beim Vorlegen der gefälschten Wettscheine in den Wettsannahmestellen stellt sich der Schwund heraus.

Einbruchsdiebstähle. In der Nacht zum 19. Juni ist in ein Schuhwarengeschäft Ammonstraße 66 eingebrochen worden. Den unbekannten Tätern und Damen- und Herrenschuhe, Sandalen und Pantoffeln im Werte von circa 400 Mark in die Hände gefallen. — Bei einem weiteren Einbruchsdiebstahl in eine Bauschule an der Marienstraße in der Nacht zum 17. Juni ist u. a. auch ein Stempel mit dem Aufdruck „E. Müller, Baugeschäft, Dresden-A., Ammonstraße 66“ gestohlen worden.

Die Glücksspielautomaten sind verboten

Das Landestrialialamt teilt mit: Ein im Mai 1928 erlangtes, inzwischen auch in der Sammlung der Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen Band 62 abgedrucktes Reichsgerichtsurteil hat hinsichtlich der Geldspielautomaten allgemein ausgeprochen, daß eine rechtlche Vermutung dafür spreche, den Automaten als Glücksspielapparat anzusehen, wenn er an einem öffentlichen Ort, zum Beispiel in einem Gasthaus, zur Benutzung des Publikums aufgestellt und mit Gewinn für den Aufsteller betrieben werde. Da letzteres seit der Fall sein wird, legen sich also Bars- und Schankwirte und Inhaber von öffentlichen Vergnügungsstätten der Gesetz aus, angezeigt und bestraft zu werden, wenn sie die Aufstellung von Geldspielautomaten in ihren Räumen noch weiter dulden.

Die Automatenhersteller suchen diesen Gefahren jetzt offenbar dadurch zu begegnen, daß sie die Glücksspielgelegenheit in mehr oder weniger lose Verbindung mit einem Warenlieferungsautomaten bringen. So sind in den letzten Monaten vielfach ausländische Apparate „Min“, „Korowell-Mills“, „Bill-Rite“ ausgetauscht, die ein Spiel mit Aussicht auf Gewinn von Spielmarken und daneben noch die Möglichkeit bieten, eine Rolle Peppermints zu erhalten. Auch vor der Aufstellung solcher Automaten in öffentlichen Gast- und Schankwirtschaften wird hiermit ernstlich gewarnt. Es liegen bereits Gutachten Sachverständiger und gerichtliche Erkenntnisse vor, daß auch diese Automaten Glücksspiele sind. Solchen Personen, die sie zur Aufstellung gebracht haben, wird anheim gegeben, sie umgehend zu beseitigen, da sie sich sonst ebenfalls der Gesetz ausziehen, in ein gerichtliches Strafverfahren verwirkt zu werden.

Haushaltplan gegen Kommunisten angenommen

Neue Belastung der Werktätigen durch den Bührer-Gesetz

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung stand wieder im Zeichen der Debatte um den Bührer-Büsser-Gesetz. Zunächst wird nach Erledigung der Eingänge und einiger kurzer Anträge die Dringlichkeit eines Antrages der kommunistischen Fraktion, der sich gegen die Entlastung von 20 städt. Arbeitern in der Riesgrube Gohlis-Stieglitz wendet, beschlossen. Ohne Ausprache beschließt das Kollegium jedoch eine Reihe von Gutschriften der verschiedenen Ausschüsse. Bei einigen Gutschriften gegen die Stimmen der Kommunisten. Die

redner“ Franke und verlädt mit einem hinternden Vergleich zwischen Russland und Deutschland nachzuweisen, daß die Dresden Schulestat enthaltenen Summen das Höchstmaß der Arbeitssatz, was im Sinne der zwei Gruppen (Kapital und Arbeit) verhindert werden kann. Die vom Genossen Schwarze vorgelegten Bitten erwidert (?) die tigrosoen Streichungen (?) des sozialdemokratischen Bürgermeisters Bührer (?), um sich dann mit den literarischen Übungen eines Stadtpräses ironisch zu bezeichnen. Mit dem die geradezu lämmertliche Stellung der SPD zum Kapitel Schulen hinweg Genosse Schwarze nimmt dann noch einmal Gelegenheit durch eine Richtigstellung nachzuweisen, daß der sozialdemokratische Finanzdezernent Dr. Bührer die Ratsverwaltung vor allem beim Kapitel Schule und Wohlfahrtspflege gefordert und betont hat. Bei der Abstimmung in den verschiedenen Ausschüssen erteilt der Vorsteher Bührer dem Genossen Schneider, der sich die Ansprüche Francks verbietet, zwei Worte nicht genügend unterstützt und verfallen kommt der Abstimmung.

Genosse Paul Schwarze zum Schulestat

in längerer Rede erklärt, der Schulestat ist der Etat der herrschenden Klasse, die nur so viel Geld bereitstellt, um den ihr genehmten und in ihrem Klasseninteresse erzielten Unterricht aufrechtzuerhalten. Die Begebungskommission hat für den allgemeinen und außerordentlichen Aufwand für das Volks- und Berufsschulwesen den Betrag von 1 Million Mark festgestellt und als unbedingt notwendig erachtet. Es sind aber Summen gestrichen worden, die unbedingt wieder eingestellt werden müssen, z. B. für Lichtenau. Innen ansetzt um. Die in anderen Jahren eingestellten 100 000 Mark für den Einbau von Schulräumen sind gestrichen, dabei ist zu verzeihen, daß allein bei sechs dicht beieinander liegenden Volksschulen kein Brauch vorhanden ist. Bei den Neubauten kommen auf einen Volksschüler 180 Mark, auf einen höheren Schüler 954 Mark Baukosten. Genosse Schwarze stellt hierauf eine Reihe von Anträgen, die die Erhöhung der Summe für die einzelnen wichtigen Konten fordern, z. B.

1. die Wiedereinführung der gestrichenen 100 000 Mark für den Einbau von Schulräumen;
2. die Wiedereinführung der gestrichenen 758 010 Mark beim außerordentlichen Aufwand (nicht jährlich wiederkehrende Ausgaben);
3. die Wiedereinführung der gestrichenen 87 623 Mark beim ordentlichen Aufwand;
4. die Wiedereinführung der gestrichenen 15 000 Mark für Werkunterricht;
5. die Wiedereinführung der bei den Mädchenberufsschulen im außerordentlichen Aufwand gestrichenen 78 600 Mark.

Der Deutschnationale Eichler spricht sich gegen die Erhöhungen aus, da sie nur im einheitlichen Klasseninteresse der linken Seite liegen. Auf diese Rede folgt nochmals Leichen-

Genosse Otto Göbel zum Sozialstat

Es zeigt zunächst, nachdem der Deutschnationale Bührer der äußerst zufrieden mit den Kapiteln ist, auf das Wort des Sozialstatistiker verzichtet hat, daß die Finanzpolitik der sozialdemokratischen Gemeinde auf Kosten der Werktätigen gemacht wird. Wir Kommunisten lehnen die Streichungen an den Kapiteln des Sozialstatuts ab, fordern andererseits Streichung der Missbewilligung bei der Arbeitsamtzeit Leichen. Diese Missbewilligung darf keineswegs öffentliche Mittel erhalten. Die Gegenseite zum Genossen Göbel, der in grundsätzlichen Ausführungen an den Abstand den sozialdemokratischen Charakter des von sozialdemokratischen Finanzdezernenten und der Händervermittelung zusammengeführten Sozialstatuts nachweist, ergibt sich der Sozialdemokrat Dr. Freund in einer „schönen“ Rede, in der er die außerordentlichen Fortschritte auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge spricht und mit diesen betrügerischen Phrasen über den Schande stat hinwegzutäuschen sucht. Darauf ändert auch keine vorgebrachte Vorbehalt bei einzelnen Konten nichts. Vor demselben Rat (?), der den Sozialstatut zusammenbringt (?), fordert Dr. Freund dann die Herausgabe einer Vorlage (?), die den Schluß der werdenden Mutter stärker als bisher (?) garantieren soll. (Bei Glück, Herr Dr. Freund!) Sie scheinen das Erledigungsprinzip des Rates in solchen Fällen immer noch nicht kennen zu wollen. Es heißt: ad acta! D. B. Nachdem der „linke“ Präfekt Kösch einige nichtsliegende Redensarten hinzutut zum Stapel gelassen, spricht

Genosse Neuhofer zu den Anrechnungsrichtlinien

und den Methoden, mit diesen Richtlinien die Opfer des kapitalistischen Systems um wesentliche Beträge zu prellen. Die Reden von der „glänzenden Fürsorgelosigkeit in Dresden“ entsprechen nicht den Tatsachen. Die Härten dieses Systems sind enorm. Es herrscht auf Ratsseite das Bestreben, möglichst viele zur Fortgebürtige als soziale Elemente zu betrachten und zu behandeln. Der Mehraufwand von Mitteln für die Arbeitsamtzeit Leichen zeigt das Besteheen, möglichst viele Allozile zu schaffen. Die Streichungen an diesem Kapitel sind geradezu ein großer Stadtrat Dr. Richter erklärt, die Summen wurden gestrichen, weil sie nicht gebraucht werden. Auch die Deutschnationalen sprechen sich für Streichungen aus.

Zur kommunalen Totenbestattung spricht Genosse Wagner, der die Sandalen Jüttendorf bei den kirchlichen Beerdigungen anprangert. Auch die ungenügenden Maßnahmen beim Ausbau der Arbeit der Gartenbauverwaltung nagelt Genosse Wagner ins.

Um die Feuerwehr kommt es zu einer regen Debatte, in der die Kommunisten die militärischen Übungen der Feuerwehr anprangern und erklären, alles hin zu melden, um die Feuerwehrleute gegen die Übungen zu mobilisieren.

Bei der Erklärung, die Genosse Göbel vor der Schlusshörung über den Haushaltplan abgibt, schreibt Bührer. (Wir drucken die Erklärung morgen ab.)

Die Sozialdemokraten bedenken Arbeitserlassungen

Kösch stellt dann gegen 11 Uhr nachts der Kommunistischen Fraktion die Bedingung, wenn sie ihren Dringlichkeitsantrag

„Kollegium möge beschließen, den Rat zu erüben, die für Sonnabend den 22. Juni 1929 geplante Enthaltung von 20 Arbeitern in der Stadt, Riesgrube Gohlis-Stieglitz zu unterlassen oder die Betreffenden auf anderen städtischen Bauprojekten unterzubringen“

von der SPD unterstützt haben wollen, so müsse sie auf die Reaktion verzichten. Das lehnt die kommunistische Fraktion selbstverständlich ab, woraus die geschlossene Front von der SPD bis zu den Deutschnationalen den Antrag durch Nichtunterstützung zu Fall brachte. So sieht die Arbeit der Gartendienstes nach dem Verteilen der Mitteln des faschistischen Terrors will man sich eine gefügte Arbeiterschaft schaffen, um den Krieg gegen die Sowjetunion ungestört vorbereiten zu können.

Film der Woche

Capitol. „Der Befehl zur Ehre“ — sehr im Lustspiel eine grausige Sache. Begnügen wir uns damit, jetzt weiter zu den Werner Heftner und Dina Gralla als die jüngst verhängten Bestrafungen vorgelegt werden. Zum 1. u. 2. Osterreich, das macht die Sache noch erträglicher...

M.-S.-Lichtspiele. „Das Gefängnis auf dem Meerestrand“ zeigt Harry Biel, den Mann, der einfach alles kann, hören man ihn nur auf Reinhard Wagner hingestellt haben.

Lichtspiele Freiberger Platz. „Die Rätsel Arietta“ sind in einem Film enthalten, der „eine Eindrücke“ über einen (welchen?) zum Teil noch unerforchteten Erdteil zu vermitteln sucht. Wenn das nicht gelingt, so ist daran der Umstand schuld, daß man den Film zu sehr zu einem Sensationsfilm gemacht hat.

Freitag den 21. Juni

Tagekalender der Dresdner Theater. Opernhaus: Benvenuto Cellini (19.30). — Schauspielhaus: Don Quichotte (19.30). — Alberttheater: Trosky (20). — Komödie: Charlens Tante (19.45). — Residenztheater: Frühlingssünden (20). — Centraltheater: Jungfrau von Avalon (20).

Sonnabend den 22. Juni

Tagekalender der Dresdner Theater. Opernhaus: Die Nacht des Schiffs (19.30). — Schauspielhaus: Don Quichotte (19.30). — Alberttheater: Susannenliebe (20). — Komödie: Charlens Tante (19.45). — Residenztheater: Frühlingssünden (20). — Centraltheater: Jungfrau von Avalon (20).

Zus dem oberen Elbtal

Auf „Hungerration“ gesetzt

Struppen. Struppen hat nun wieder, was es braucht, nämlich einen sozialdemokratischen Bürgermeister. Gewählt wurde er von der sozialdemokratischen Bürgerlichen Koalition im vorigen Herbst. Die Kommunisten (die „verdammte Bande“) machen alle Anstrengungen, um die Wahl illustriert zu machen, da ihnen nicht alles einwandsfrei erscheint. Sie wollen eben nicht glauben, daß man die Gemeindeordnung in manchen Fällen ein bisschen ändern kann. Nun ist es ja, daß Herr Gläser aus Sachsen an der Spree ist! Er mußte aber, schon als er antraf, eine Täuschung erleben. Die Stelle war nach Gruppe IIc ausgeschrieben, was ebenfalls auf Beschluss der Koalition gegen unsere Stimmen geschah. Die damalige Herausfindung war ja nur gegen den derzeitigen Bürgermeister, welcher der verräterischen Sozialdemokratischen Partei den Rücken gelehrt hatte, gerichtet. Man konnte ihm aber damit nicht mehr treffen. Nur wirkt sich der Radikalismus an ihrem jetzigen Parteigenossen aus. Es ist selbstverständlich, wenn eine Partei den anderen Hilfestellung leistet, so beruft das immer auf Gegenseitigkeit. Also hatte, wie wir feststellen konnten, die Sozialdemokratie bei der Wahl des Bürgermeisters den Bürgerlichen den zum Neuanfang neu zu wählenden Gemeindewerthevorderer verprochen. In diesem Falle waren die Bürgerlichen Koalitionsbündner. In den genannten „Gefechtsreihen“, denn die Sozialen zogen es vor (aus Sichtpunkten und uns verständlichen Gründen), die Position selbst wieder zu bejekken (!). Nun werden die Sozialen wahrscheinlich den Wahleren sagen: „Glaubt nur den Kommunisten nicht, ihr seht ja, daß wir keine Koalition mit den Bürgerlichen machen!“ Herr Gläser und seine Genossen haben sich Mühe, die Stelle wieder in Gruppe IIb zu bringen. Unsere Redaktion erklärte vom vorherigen, dieses Theater nicht mitzumachen, denn man muß damit rechnen, daß in einem oder zwei Jahren die sozialdemokratischen Parteigenossen und die Genossen Bürgermeister in ihren Auflösungen nicht mehr konform gehen, und das dann definitiv ein Aufführung auf Herausfindung kommt. Da mit die Bürgerlichen aus Verärgerung nicht mit für die Erhöhung stimmen, mußte Herr Gläser eben, um den Bürgermeisterstitel zu erlangen, in die Gruppe IIc steigen. Wir hoffen, daß sich Herr Gläser in Struppen „etlich wohl“ fühlt. Die Männer, die ihn gewählt haben, dürfen ja von ihm, daß er für zweie oder drei Mann arbeitet, damit ein paar Beamte abgebaut werden können. Unsere Einstellung zu ihm wird sich nach seiner Politik, die er in der Gemeinde treibt, richten. Den Einwohnern von Struppen können wir nur empfehlen, sich etwas mehr als bisher um ihre Interessen, wie sie in der Gemeinde vertreten werden, zu kümmern. Sie werden bald erkennen, daß es die Kommunisten sind, die für gerechte Forderungen eintreten.

Arbeiterkorrespondenz 880

Struppen. Sonnabend den 22. Juni, abends 21 Uhr, veranstaltet das Sportkärtell auf dem Sportplatz eine Sonnenfeier. Mäppchenfeier: Volkschor und Arbeiterturner. Bei ungünstigem Wetter auf der Albertshöhe.

Dohna. Die Adrenalinbahnen Heidenau sieht am kommenden Sonntag eine Rennbahnrennen, das nach Art der Schießglockenrennen ausgeführt wird. Die vorher aufgetretenen Schießen werden wieder starten und sich einen schweren Kampf liefern. Auch ein Motorradtempofahren kommt zum erstenmal am Auszug.

Verschiedene unangenehme Dinge aus Königstein

Bei trockenem Wetter ist es eine Pein, durch die Straßen Königsteins zu gehen, denn, weh't halbwegs ein Lüftchen, dann kann man vor Staub kaum die Augen aufschließen. Die Stadt hat nun zwar einen Sprengwagen, aber wahrscheinlich nur zu untersuchen, denn in Dienst war er dieses Jahr noch nicht. Königstein nennt sich nun „Fremdenverlehrort“, aber niemand hat Interesse an der Gesundheit weder der Fremden noch der Einheimischen. Von Seiten der Stadtoberen wurde schon wiederholte Male um Reinigung der Bäume nachgefragt. In gesundheitlichen Zwecken hat man (wie überall!) auch in Königstein kein Geld. Durch den Unrat der in den Bäumen liegt, entstehen die schlimmsten Krankheiten. Hier möchte bald Abhilfe geschaffen werden. An Arbeitskräften fehlt es doch wahrscheinlich nicht; denn es passieren noch genügend Erwerbslose herum. Gegenüber dem „Zackenhof“ hat man einen Autopark angelegt. Wer stellt fest, daß dieser Park sehr ungünstig liegt; denn Sonntags bei starkem Verkehr geht es hier nichts als Verkehrsstoppen. Vielleicht gibt sich die Stadt Mühe und macht einen anderen Platz ausfindig. In einem früheren Artikel schrieben wir schon einmal, daß vorübergehend drei Arbeiter im Steinbruch an der Schandauer Straße eingestellt und nach zwölf Tagen wieder entlassen wurden. Die Entlassung wäre an und für sich nicht so schlimm, wenn nicht der sozialdemokratische Stadtverordnetenkreis Büttner zuvor gesagt hätte, er würde schon dafür sorgen, daß erst Königsteiner eingestellt würden. Wir können schon wieder den Beweis bringen, daß er seiner Worte vergleichsweise schwören ist. Die Arbeiter wurden im Steinbruch Schandauer Straße wegen Arbeitsmangel entlassen, und im rechtsliegenden Steinbruch stellte man danach Arbeiter von Hütten, Pöhlendorf, Höckendorf ein. Arbeiter von Königstein merkt es euch, so jehlen die sozialdemokratischen Arbeitervertreter aus. Gebt ihnen im November zur Gemeinderatswahl die Quittung.

Kürzlich ging ein Arbeiter zum Naturfreundehaus und da wollte es das Unglück, daß gerade zwei Kipper über die Passagierholde saßen. Der Meister, der Heinrich, welcher ein „Gefügemensch“ sein soll, was wir stark bezweifeln, meinte zu den Arbeitern: „Na, vielleicht dringt es das eh wieder in der Arbeiterstimme.“ Lieber Heinrich, wenn dieser Angelegenheit mühten wir gleich noch ein Tippräulein anstellen, denn einer mit der Feder würde gar nicht fertig die Unglücksfälle zu berichten. Schlimm genug ist es ja gewesen, als ein vollbeladeneranhänger mit fertiggearbeiteten Platten umkippte. Waren da auch die Arbeiter schuld? Oder waren es diejenigen, die den Anhänger hingefahren haben? Die machen aber doch sonst alles richtig! Man mußt logar, daß der Betriebsleiter kein Geschäft habe, allein einen Kahn abzunehmen. Dabei müßt ihm ein „Auch“arbeiter helfen. Demnächst fahren wir den Roten Scheinwerfer auf, um auch die anderen Ecken und Winkel einmal der Öffentlichkeit zu zeigen.

Arb.-Korr. 908

Das „soziale Empfinden“ der SPD

Königstein. Wir müssen wieder einmal Stellung nehmen zum Arbeitsamt Pirna, Nebenstelle Königstein, und über das Verhalten der Beamten schreiben. Es ist z. B. hier rückbar geworden, daß ein Arbeiter, der Frau und Kind hat, bereits 32 Wochen humpelt, und ihm vom Arbeitsnachweis Königstein noch nicht eine einzige Stunde Arbeit zugewiesen wurde, wohingegen andere Arbeiter nur auf das Stempelamt zu kommen brauchen, wenn sie eine Arbeitsstelle verlieren, um dort wieder in den Produktionsprozeß eingearbeitet zu werden. Uns scheint, als sei das alles nur Schikane; denn der Arbeiter, um den es sich

Gefangen eines Unternehmertnechtes bei Hösch & Co

Pirna. Erhebt Herr Dr. Tommichewitz am 18. 6. mittags 12 Uhr vor der Baubüro der Bauabteilung und verlässt den Beamterbüro Gr., der Mitglied und 2. Vors. des Arbeiterrates ist, zu sprechen. Die Arbeiter sind erstaunt. Als ob ja etwas gar nicht möglich wäre! Sie hören so etwas Ähnliches, als ob ein Gewitter über den Borsberg kommen und plötzlich ein Balkan über die Arbeiter hereinbrechen soll. Der Arbeiter Gr. erscheint und will sein Mittagsbrot zu sich nehmen. Der erste Bild und schon heißt es, Gr. sei ein „Ständer“, und nur immer wieder sein Name kommt ihm in den Weg. Kollege Gr. gibt ruhig zur Antwort, er sei kein „Ständer“. Dr. Tommichewitz will darum bestehen bleiben und läuft lächelnd wie ein befreiter Padel davon, weil sich der Kollege Gr. nicht aus der Ruhe bringen ließ. Wir wollen hier an dieser Stelle auch zeigen, was die Ursache war. Der Kollege Gr. verlangte die Regelung des Lohnes für die Bauabteilung. In seiner Eigenschaft als Arbeiterratmitglied hat er das Recht dazu. Einmal in die Lohnliste zu nehmen. Wie wir erfahren haben, hat es noch andere Gründe, diese Schikanen gegen Gr. anzuwenden. Im Betrieb sprechen die Kollegen davon, daß bei Hösch & Co. im Arbeiterrat sehr wenige sitzen, die die Interessen der Arbeiter wirklich vertreten, bis auf einige. Wir wollen heute nicht die Namen nennen. Wenn die Arbeiterrate vertreten durch die SPD-Leute aber nicht besser wird, so müssen wir doch einmal bisschen hineinschauen, trotzdem es einige Kollegen im Betrieb nicht wünschenswert erscheint. Dieser Fall zeigt deutlich, wo die Kluft hinführt. Die Firma möchte sicher gern mit den Kollegen Gr. kurzen Prozeß machen, d. h. ihn loswerden. Aber dies ist nicht so einfach. Gr. besonders hat es Ihnen angetan. Er sollte schon zweimal „von der Schnauze springen“. Einmal wegen eines 1. Mai, weil er die Belegschaft hat abschütteln lassen, das zweite Mal hatte er einen Vorarbeiter beleidigt. Jetzt sind sämtliche Meister, Spiker, Vorarbeiter, Angenuele, Bürokrat und alle Kunden gegen Gr. losgelassen. Wenn wir jetzt zu unseren Kollegen Gr. kommen und verlangen Aufschluß über eine Soche, etwa über Lohn usw., so stehen die „Diebe“, die den Hösch-Arbeitern das Licht wegziehen, dahinter und warten, bis die Meldung machen können. Einige Exemplare dieser Spieldosen werden wir in der nächsten Zeit bringen. Aber die Kollegen müssen sich nun erst recht bei Kollegen Gr. Aufklärung holen und besonders die Gewerkschaft nicht vergessen, einzutreten und mit der Gewerkschaftsopposition kämpfen für ein besseres Dasein.

Arb.-Korr. 917

... dann steht wieder ein Auffor in der Arbeiterstimme!?

Pirna. (Hösch & Co. II) Die erste Hilfe bei Unfällen hat befürchtet der Sanitäter zu leisten, welcher zuerst zu erreichen ist. Bei Hösch & Co. erhält ein Sanitäter einen Arbeiter, welcher einen Sanitäter zu Hilfe ruft zum anderen Sanitäter. Dieser wieder zum ersten zurück. Erster Sanitäter hat keine Schläue zum Krankenzimmer. Zweiter Sanitäter, welcher die Schläue kennt, hat keine Zeit, weil angeblich die Bahn raus muss. Doch soll der Arbeiter nach energischem Auftreten doch noch

hier handeln, hat voriges Jahr, als er noch Mitglied vom Reichsbauern war, sofort wieder Arbeit erhalten (nun Schulze, Hermann), wohingegen dieses Jahr, nachdem dem bestellenden Arbeiter klar wurde, daß im Reichsbauern nicht mehr keines Viehbaus sein kann, er einfach von den Sozialdemokraten zum Husaren gezwungen wird, indem er keine Arbeit mehr bekommt. Zur Arbeitsnachweisabnahme mußt man bei dem bestellenden Arbeiter anzuzeichnen, daß er zu Fuß zum Arbeiten ist. Hier ein kleiner Beweis der Schikane. Vor einigen Tagen benötigte ein Hettener Fuhrunternehmer einige Arbeiter für kurze Zeit. Und was geschah? Königsteiner laufen gar nicht in Trage, sondern in der Nachbarschaft auswärtige Ladige. Wir wollen nicht sagen, daß es die Ladige nicht brauchen, aber wir erinnern schon wieder an den Auspruch eines führenden Sozialdemokraten, daß hier in erster Linie ausgesetzte Königsteiner in Arrogationen. Das aber ist bestimmt Schikane. Merkt es euch! Weißt du, was Königstein zur Gemeinderatswahl dieser Gesellschaft die richtige Antwort!

Arb.-Korr. 908

Das Arbeitsamt wird gebaut!

Königstein. Am vergangenen Montag stand eine öffentliche Stadtverordnetenversammlung statt, in welcher die Vergabeung des Arbeitsnachweisesbaus zur Vernunft stand. Der Stadtvorordnetenverein (SPD) gab die Einzelheiten hierzu bekannt. Die Bürgerlichen ergingen sich in längeren Reden. Sie wollten das nicht mehr mitmachen wie bei der Stadtbau, weil jetzt noch einmal so viel kostet, als wie veranschlagt wurde. Der Preis des Arbeitsnachweisesbaus beträgt 123 000 RM. Da nun Herr Architekt Bodenfelz alles bearbeitete, um zu beweisen, daß diese Summe nicht so sehr überschritten würde, lamen hier die Bürgerlichen nicht mehr weiter. Und so vertrieb es Herr Bönen (Bürgerl.) auf eine andere Art, indem er die Starke der Männer merkt es euch, so jehlen die sozialdemokratischen Arbeitervertreter aus. Gebt ihnen im November zur Gemeinderatswahl die Quittung.

Arb.-Korr. 914



Genosse! Hilf den pionieren das Bubonillager durchzuführen / Rauf einen Baustein für 10 Pf. bei jedem Pionier

den Schlüssel erhalten haben. Nun war Wille da! Der erste Sanitäter ging mit zu dem Verletzten. Nach einer Minute erhebt auch der zweite Sanitäter, der erst keine Zeit hatte, bei dem Verletzten, der sich den Arm ausgerissen hat. Der erste Sanitäter gibt in ruhiger Art Anweisung. Der Verunglückte soll per Auto ins Krankenhaus geschafft werden. Er lehnt ab, er will laufen. (Ein verlehrter Standpunkt des Arbeiters!) Dieser hämerte sich den zweiten Sanitäter (anscheinend sollte es dem Arbeiterratmitglied Gr. gelten), weil der Arbeiter nicht mit dem Auto fuhr. „Dann steht wieder ein Auffor in der Arbeiterstimme.“ So sieht die erste Hilfe bei Unfällen bei der Firma Hösch & Co. aus. Dieser Unfall ist jetzt Tagess Gespräch bei Höschs Arbeitern, und warum? Weil nämlich dieser zweite Sanitäter, Herr Sachse, Beamter ist. Dieser ist bekannt durch sein Benehmen gegenüber den Arbeitern. Wir werden demnächst noch manches ans Licht bringen. Für heute nur diese kleine Episode. Der Arbeiterrat hat die Aufgabe, nach dem BVR also diese Mängel zu befechten. Im allgemeinen hört und sieht man wenig von seiner Tätigkeit, sieht er nicht alle Mängel im Betrieb? Es sind auch schon verschiedene Arbeiter an Mitglieder des Betriebsrates herangetreten, um die Forderung, Mängel zu befechten. Aber ohne Erfolg. Dieser Betrieb ist ein Paradies und hat keinen guten Ruf. Jetzt sollen zum Beispiel 140 Arbeiter entlassen werden — wegen Stilllegung des Werkes Pirna I. Warum steht da der Arbeiterrat keine Betriebsversammlung an? Für die Arbeiter gilt es, ihre Lage zu verbessern, in den Fabrikarbeiterverband einzutreten und mit den oppositionellen Kollegen für das proletarische Ziel zu kämpfen.

Arb.-Korr. 907

Pirna. Tragischer Ausgang eines Streites. Am Freitag abend geriet der Wirt eines Gasthauses am Steinplatz mit dem Kraftwagenführer Sch. wegen der Bezahlung einiger Glas Bier in Streit, in den sich der Arbeiter Gr. mischte. Der Streit zwischen Gr. und Sch. setzte sich dann in der Hausflur fort und Sch. erhielt von Gr. eine so heftige Ohrfeige, daß er mit dem Hinterkopf an einen Scholdenautomaten stieß und bewußtlos lag. Man glaubte zunächst, der Höchslagene habe sich verletzt und brachte ihn nach etwa zwei Stunden in seine Wohnung. Als er auch am Sonnabend noch immer ohne Bewußtsein war, rief die Frau des Sch. einen Arzt, der die Überführung des Kranken in das Krankenhaus anordnete. Dort ist Sch. am Montag nachmittag, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, an den Folgen einer Gehirnblutung gestorben.

„Nette“ Haustwirtin

Modethal. Es ist heute so, daß Arbeiter, welche ihre Kosten im Betrieb zuzahlen lassen müssen, noch von bürgerlicher Seite verhöhnt werden. So macht es auch die Haustwirtin in Modethal. Grundst. 23d. Dort wohnt ein Arbeiter Friedrich Richard Mühlberg, der im Juli 1928 an mehreren Teilen seines Körpers schwer verletzt wurde. Er gehört zwei Versicherungen an. Aber keine hat bis jetzt etwas bezahlt. Tritt der Arbeiter aus seiner Wohnung, so hört er: „Dort geht der Schleicher!“ Oder zu seiner Frau sagt die freundliche Dame mal: „Na, ich habe euch ja auch erst Geld in der Gemeinde pumpen müssen, sonst hätte ich doch auch nicht zu freien!“ Was die Haustwirtin das Geld vielleicht an die Gemeinde zurückzahlen, wenn dort etwas geborgt worden ist? Ihre Ausprache verwundern uns nicht. Denn das sind Leute, die dem religiösen Bahnlinn opfern. Große Plakate vor dem Haus: Hier wohnt ein Bischöflicher! Große und riesige Bodesprüche. Vorder ist das Heiligstum, was sie heißt, nur zum Spott aller Welt da, weil eben die Christen heute selbst auf dem Dorf alle zu werden beginnen. Für das „Christentum“ dieser Leute zeugt, daß am Freitag vor acht Tagen die Witwe des Pfarrers des Mühlberg einen Besenstrahl in die Beine warf.

Arb.-Korr. 919

Jugend- und Parteigenossen! Rüstet zur Roten Sonnenwendfeier am 29. und 30. Juni 1929 in Dippoldiswalde!

Loschwitz-Niederlößnitz. Das heilige Sportkärtell hält seine diesjährige Sonnenwendfeier am Sonnabend dem 29. Juni im Steinbruch Loschwitz ab. Näheres an den Anschlagstafeln. Eintritt beträgt 20 Pf.

Klogath-Hellerau. Volksfest Sonntag, den 23. Juni 1929, in Hellerau, hinter der Tanzschule. Dramatische und gesangliche, sowie turnerische und radioproteische Darbietungen, Kinderbewegungen und Hochzeit. Arbeiter! Sorgt für zahlreiche Beteiligung! Schmückt die Häuser und Straßen mit roten Fahnen!

Das Ortsfazett.

Freiberg. Vom Tode des Erzinkens gerettet wurde aus dem Soldatenlager der plötzlich untergeordnete Obergefreite Lorenz. Es gelang schließlich den Bergungskräften zu bergen. Nach fast anderthalbjährigen Wiederbelebungsversuchen konnte Lorenz ins Leben zurückgerufen werden.

Niederschlema. Auf dem Verbindungswege Niederschlema-Pausa wurde die 15jährige Tochter des kleinen Einwohners Liebers durch einen Schuß, der vermutlich aus einem Feuerzeug abgefeuert wurde, schwer verletzt. Das Geschoss drang dem Mädchen vom Rücken durch die Brust. Die Verletzte wurde in das Städtische Krankenhaus nach Chemnitz gebracht. Trotzdem das Geschoss, das etwa 9 Millimeter Kaliber haben dürfte, auch die Lungen durchbohrt hat, soll Lebensgefahr zur Zeit nicht bestehen.

Kamenz. Von einer Kreuzotter gebissen. Am Sonnabend wurde in Pitslowitz eine Schülerin von einer Kreuzotter, auf die sie getreten war, in die Wade gebissen. Nach kurzer Zeit schwoll das Bein an. Darauf wurde das Kind nach dem Kamenzer Krankenhaus gebracht, wo es operiert werden mußte.

Gauzen. Wie der Telunion-Sachsenland Dienst meldet, stand seit längeren Tagen im Walde bei Schenckendorf, Regierungsbezirk Potsdam, ein verlautes Personauto, in dem verschleierte Kleidungsstücke lagen. Man vermutete zuerst einen Selbstmord des Besitzers des Wagens und suchte das Gelände ab. Jetzt hat die Polizei festgestellt, daß der Wagen einem Fabrikanten in Gauzen in Sachsen gehoben worden ist. Der Eigentümer kann nun in Potsdam das Wiedersehen mit seinem Wagen feiern.

Zittau. Raubmord. Ein Eisenhändler aus Habendorf wurde in Rothenhain von unerkannten Männern überfallen, zu Boden geschlagen und völlig ausgeplündert. Er starb kurze Zeit darauf, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Der Arbeitsmarkt in Sachsen

Das Präsidium des Landesarbeitsamtes versendet folgenden Bericht, zu dem sich jeder Kommentar erübrigt.

Der Arbeitsmarkt verharrt auf einem Stande der Un Sicherheit und ist großen Schwankungen unterworfen. Trotzdem ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung vom 6. 6. bis 13. 6. 1929 noch um 4256 auf 97 596 gesunken und hat zum ersten Male seit Jahren anfang die Hunderttausendgrenze unterschritten. (?) In der Arbeiterunterstützung ist eine leichte Abnahme von 19 249 auf 19 216 festzustellen, die vorwiegend auf eine größere Vermittlung zu Rostandsarbeiten zurückzuführen sein dürfte.

Stimmen auf den Betrieb

Ein neuer Schwindel der Eisenbahnerbürokratie

Franz Scheffel, Vorsitzender des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands und Reichstagsabgeordneter der SPD hat über die letzte Lohnbewegung der Eisenbahner ein Amtshreiber an die Vertrauensmänner, Beamten und Betriebsräte des EBG herausgegeben. Dass der EBG-Vorstand seine Kapitulation vor Dörpmüller als einen Erfolg hinstellen wird, war vorauszusehen. Um in Zukunft nicht mehr Lohnkämpfe führen zu müssen, schlägt Franz Scheffel vor, eine neue Aktion einzuleiten und zwar soll sich diese auf die Preissenkung beziehen. Er dreht darüber folgendes:

"Damit ist diese äußerst schwierige und denkmüdige Bewegung beendet und zwar mit einem Erfolg für die Organisation. In Anbetracht der schwulenten Verhältnisse war kaum mit einer Zulage in der erreichten Höhe zu rechnen. (Hört, hört, hört!) Die lange Bindung beeinträchtigt allerdings unseren Erfolg. Wir müssen uns sagen, kommt Zeit, kommt Rat. Kein Mensch kann heute sagen, wie sich die Verhältnisse im Jahre 1930 gestalten. Schließlich wird eine Zeit kommen, wo die Kräfte der Gewerkschaften und politischen Bewegung auf Preissenkungen konzentriert werden müssen. Produktions- und Preiskontrolle, vor allem Preissenkung ist nötiger wie ansteuernde Lohn erhöhungen, die immer wieder durch Preissteigerung ausgeglichen werden."

Gewiss, die Eisenbahner werden sehr bald zu spüren bekommen, dass sie keine Lohn erhöhung erhalten haben, sondern dass durch die verschärften Arbeitsergebnisse, durch die Preissteigerung sie immer mehr und mehr verleidet werden. Wie will Franz Scheffel eine Aktion der Preissenkung durchführen? Darüber schweigt er sich aus. Glaubt er vielleicht, dass sein Parteifreund Hilferding durch stärkeren Belastung der Besitzenden, durch Enteignung der Kapitalisten eine Preissenkung einleitet? Oder ist er der Auffassung, dass der sozialdemokratische Parteivorstand und der DGB die Arbeiter aufrufen zu einem Kampf um die politische Macht? Denn nur unter der Herrschaft der Arbeiter ist eine Produktions- und Preiskontrolle möglich. Heute schenken die Sozialdemokraten den Kapitalisten immer neue Millionen, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stimmt zu einer neuen Erhöhung des Reichsbahntarife und ist einverstanden mit der Partei der Trabourgeoisie, den Übernahmen der Sozialversicherung vorzunehmen, sowie mit der Einführung neuer Zölle für Industrie und Landwirtschaft. Preiserhöhung und Lohnabbau unter Billigung und Förderung der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie ist die Erziehungen der letzten Zeit. Die Arbeiterschaft lehnt den Vorschlag Scheffels ab. Sie ist sich bewusst, dass eine Besserung ihrer Lage nur eintreten durch die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft, die nur durch den entschiedenen, revolutionären Kampf erreicht werden kann, der sich auch richten muss gegen die Partei des Arbeitermords, des Sozialfascismus, die Sozialdemokratie.

Ein „lebenswichtiger Betrieb“

Der Betriebsleiter Köppke vom Großwerk Spandau hatte in Berlin gewünscht, dass im vorigen Winter die Kohlen ausgingen. Daraufhin wurde der Betrieb als notwendig von Berlin aus mit Kohle beliefert, weil er ein „lebenswichtiger Betrieb“

sei. Für uns als Arbeiter hat diese Bezeichnung besondere Bedeutung. Die Bourgeoisie schafft neue Gesetze, durch die sie die Arbeiter bei den bevorstehenden Wirtschaftskämpfen niederkriegen will. Die Arbeiter ins lebenswichtigen Betrieb sollen durch diese Gesetze ihres Streikrechts beraubt werden. Die Bourgeoisie weiß vor allem, dass die Sicherungen für den kommenden imperialistischen Krieg treffen muss. Deshalb behandelt sie die Arbeiterschaft der lebenswichtigen Betriebe im neuen Strafgesetzentwurf als eine ganz besondere Kategorie. Die Bezeichnung „lebenswichtiger Betrieb“ wird jetzt auf viele mehr Betriebe angewandt, als es früher der Fall war. Jeder Wirtschaftskampf in einem solchen Betrieb wird demnach als Hoch- oder Landesverteidigung angeschaut und der bürgerliche Staat wird gegen die streitenden Arbeiter seine polizeilichen und militärischen Mittel anwenden.

Schon daraus müsste jeder Kollege des Großwerkes die Notwendigkeit der Erörterung solcher wichtigen politischen Fragen in den Betriebsversammlungen erkennen. Der sich krafts geäußerte sozialdemokratische Betriebsrat Eng behauptet aber immer wieder, dass politische Angelegenheiten nicht in die Betriebsversammlungen gehören. Man sieht aber hier, dass es keine Grenze gibt zwischen betrieblichen und politischen Fragen. Eins gehört zum anderen. Deshalb müssen wir lernen, die politischen Abhängigkeiten des Unternehmers rechtzeitig zu erkennen und gegen sie anzutreten. Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg wird nicht in Resolutionen oder von passiven Freien geführt. Die vordeutsche Front dieses Kampfes sind die Belegschaften der Betriebe. Auf uns Betriebsarbeiter kommt es an. Deswegen müssen wir die Sabotage der sozialdemokratischen Betriebsräte durchbrechen und in Gemeinschaft mit der Gewerkschaftsopposition arbeiten. (Arbeiterkorrespondenz 922.)

So werden Löhne abgebaut!

Der Betriebsrat in der Gußstahlzieherei Döhna wurde von der Betriebsleitung vor die Alternative gestellt, einen Lohnabbau zugunsten oder damit rechnen zu müssen, dass die Belegschaft entlassen werden müsse. Obwohl die Betriebsleitung behauptete, die Löhne der Arbeiter stünden hoch über Tarif, ist an dieser Behauptung nichts Wahres. Die Löhne, die in dieser Fabrik gezahlt werden, entsprechen nur dem Durchschnittsverdienst der angelernten Metallarbeiter. Gegen alle Einwände des Betriebsrats erklärte die Betriebsleitung immer wieder, das lechte und einzige wirkliche Mittel sei der Lohnabbau. Die Belegschaft lehnte diese Maßnahme ab. Die Betriebsleitung machte dann den konkreten Vorschlag, einen prozentuellen Abbau von 15 bis 20 Prozent vorgenommen. Als auch das abgelehnt wurde erholte sich der nächsten Vorauszahlung jeder Kollege seine Kündigung „zum Zwecke einer neuen Festsetzung der Löhne“. Nach nochmaliger Ablehnung durch die Belegschaft unterzeichneten dann die Unternehmer den Vorschlag, eine Lohnreduzierung von 10 Pg. pro Stunde vorgenommen. Durch die dauernde Vorhaltung der Stilllegung des Betriebes und das Schaffen mit der Erwerbslosigkeit wurde ein Teil der Kollegen manelfähig und es kam eine Mehrheit zu stande, die dem letzten Vorschlag der Unternehmer Rechnung tragen wollte.

In der Gußstahlzieherei sind seit Jahren keine Verbesserungen in der Arbeitsweise vorgenommen worden, hingegen wurde das Arbeitstempo ständig erhöht, so dass die Arbeit, die im Stundenlohn bezahlt wird eigentlich eine Akkordarbeit ist.

Für die Unternehmer eröffnen sich neue Aussichten. Je mehr sie inständig beteuern, dass der Betrieb nichts mehr abwerfe, auf einen um so niedrigeren Stand können sie die Löhne herabsetzen. Die Arbeiterschaft muss erkennen, dass sie einen schweren Kampf gegen diese Methode führen muss. Es kann ihr gleichgültig sein, ob die Unternehmer einen geringeren Profit erhalten, sie muss ihre Arbeitskraft verkaufen und verlangt dafür ihren Lohn. (Arbeiterkorrespondenz 921.)

So werden proletarische Angestellte beseitigt!

Der Thyssen-Konzern, zu dem die Großwerke im Spandau und Schriesheim gehören, führt über seine Angestellten genau Buch. Aus den Fragen der auszufüllenden Bogen seien die folgenden herausgegriffen:

Haben Sie eigenen Haushalt? Oder wohnen Sie bei Ihren Eltern, Verwandten usw.?

Nom. Stand, Alter und Wohnung der Eltern?

Besitzen Sie Haus, Ihre Grundstücke, Gebäude usw.?

Woher besteht Ihre Tätigkeit in der Haupthandlung an Ihrem jetzigen Posten? Glauben Sie, für einen anderen Posten, und für welchen, besser geeignet zu sein? Auf welchem Gebiete sind Sie Fachmann?

Waren Sie bei Konkurrenzfirmen?

Haben Sie Angehörige, die bei oder für Konkurrenzfirmen tätig sind?

Welche beruflichen und außerberuflichen Studien betreiben Sie noch, und welche Ziele haben Sie? Welche außerberuflichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen haben Sie?

Was haben Sie für nebenberufliche Tätigkeit, Wenn ja, um?

Welchen Sport treiben Sie, gelegentlich, nebenberuflich, mit besonderem Erfolg?

Haben Sie in den letzten 10 Jahren schwere Krankheiten überstanden, und welche? Sind Sie jetzt vollkommen gesund?

Welche physischen und organischen Fehler haben Sie?

Befassen Sie sich mit besonderen Leidenschaften? Welche Rauhion können Sie stellen?

Lebenslauf: Nachstehend ist in zeitlicher Reihenfolge länderlos anzugeben, wo Sie von der Schule bis zum heutigen Tage gewesen sind, welche Schulen Sie besucht haben und bis zu welcher Klasse, wo Sie als Schriftsteller oder Volonteur gelernt haben, welche Stellungen Sie innegehabt haben und als was Sie bis jetzt tätig gewesen sind. Bernecksenswerte Belohnungen, Auszeichnungen und ähnliches bitten wir anzugeben. Die Durchführung besonderer Aufgaben, sowie militärische Dienstleistungen sind ebenfalls anzuführen.

Das ist nur ein Teil der Punkte, die als Untersuchungsmaterial an jeden Angestellten angelegt werden. Es ist ganz klar, dass es sich hier für die Unternehmer darum handelt, flüssig bemühte, revolutionäre Elemente aus ihrem Betrieb fernzuhalten und eine militärische Ordnung im Betrieb und Kontor zu etablieren. Diese Pünktchen dienen ferner als Untergang bosir, umflossene Angestellte, Gemahrengemeinde usw. jederzeit signalisieren zu können. So sieht die „Front“ der Angestellten aus, die man zu den „schönen“ Schichten zählt, um sie aus der proletarischen Front zu reißen. Die Schlussfolgerung, die jeder Angestellte zu ziehen hat, ist: Gemeinsamer Kampf mit der RPD gegen die Ausbeuter! (Arbeiterkorrespondenz 867)

Wie die Unternehmer Überstunden bezahlen

Bei der Firma „Blumen-Ecke“ mußten die Angestellten eine Zeitlang bis 23, 24 Uhr, je sogar mitunter 2 Uhr früh arbeiten, ohne dafür eine ordnungsgemäßige Bezahlung zu erhalten. Die Firma begnügte sich damit, ihnen ein lustloses Abendbrot von 2 Beinen zu verabreichen. Dazu spendierte sie 1 (eine) Flasche Bier. Es gehört fast ins tägliche Leben der Angestellten, mindestens bis gegen 21 Uhr zu arbeiten.

Die Unternehmer beuten die Angestellten rücksichtslos aus. Sie rufen ihnen zu, auf Grund eines sogenannten Geschäftsinventars mehr Arbeit zu leisten. Eine Gegenleistung bleibt in fast allen Fällen aus. Begnügen sich die einen mit der grobherzigen Spende von Bier und Brot, so weigern sich die anderen, für geforderte Überstunden mehr als den Juschlag zu zahlen. Sie behaupten, dass der Grundlohn bereits im Gehalt mit gezahlt werde und dass eine gewisse Anzahl von Überstunden gefordert werden kann. Nur die Angestellten gibt es nur eine Rettung: Sie müssen sich категорisch weigern, Überstunden zu machen. Wie laufend Angestellte sind erwerbslos. Mit ihnen müssen sich die im Betrieb für Hungergehalter schuftenden Angestellten solidarisieren. Sie dürfen nicht glauben, dass sie nicht zur Klasse der Ausbeuteten gehören, sondern müssen im Gegenteil wissen, dass es ihre Aufgabe ist, den härtesten Klassenkampf gegen die Unternehmer zu führen, die ihnen immer wieder einreden wollen, dass der Angestellte ein belohnendes Geschäft sei, das nichts mit den anderen Arbeitern zu tun habe.

Unsere Kollegen der Firma „Blumen-Ecke“ müssen es als ihre erste Pflicht betrachten, keine Überstunden mehr für den Unternehmer zu leisten. Sie gehören in den Zoll, um dort mit der Opposition gegen die Unternehmerwillkür zu kämpfen. (Arbeiterkorrespondenz 922.)

Reformisten distieren den schleifischen Webern Hungerschiedspruch

Dangenbielau, den 19. Juni 1929.

Die sozialdemokratische Presse, die in den letzten Tagen in großen Artikeln von den Hungerlöhnen und dem Kindeselend der sozialen Textilarbeiter berichtet, die nicht genug Bilder des Elends veröffentlichten konnten, preist das neue Schiedspruchfest als einen großen Sieg. In einer Versammlung in Langenbielau erklärte der reformistische Angestellte, dass der Schiedspruch, der eine sofortige Lohn erhöhung pro Stunde um 2 Pg. bringt und ab 1. April eine nochmalige Zulage von 2 Pg., ein großer Erfolg sei. Die oppositionellen Textilarbeiter griffen den Schiedspruch scharf an und verlangten eine Urabstimmung. Darauf erklärte der Reformist, dass der Schiedspruch nur mit den Stimmen der Gewerkschaftsführer und des Schlichters zustande gekommen sei. Abstimmung gibts nicht, abstimmen tun wir, und wie haben bereits abgestimmt. Eine zusammengehobene Funktionär-Veranstaltung hat einstimmig mit den Stimmen der Brandianer den Schiedspruch angenommen. Den kommunistischen Betriebsratsvorständen des größten Betriebes von Dierig in Langenbielau, der 4000 Arbeiter umfasst, hat man zu der Konferenz gar nicht geladen. Alle Forderungen der Textilarbeiter sind unerfüllt. Von Erhöhung der Wochenterrichtszeit auf 30 Prozent ist keine Rede. Die Forderung der Gewerkschaft auf 9 Tage Urlaub für alle Arbeiter, die Forderungen für die Jugendlichen werden gar nicht mehr von den Bürokraten erwähnt. Sie haben „abgestimmt“. Das ist ihre „Demokratie“.

Polizei auf Seiten der Ausbeuter genau wie vor 85 Jahren.

Heute soll haben die „Streikleistungen“, in die sich die Bürokraten selbst hineingeschobt haben und in denen sie sich eine willkürliche Mehrheit gesichert haben, den Unternehmern „Rostlandarbeit“ bewilligt.

In Wüstegiersdorf sind freigewerkschaftliche organisierte Stuhlmäster in den Betrieben. Diese haben sogar die Arbeit, die vor den Ausgepperten halbfertig liegengelassen ist, fertig gemacht. Einige Streikbrecher, die es ja bei jedem Kampf gibt, werden von der republikanischen Polizei in die Betriebe hineingeführt. Die republikanische Polizei macht sogar die Streikposen darauf aufmerksam, dass selbst Bemerkungen und Gesten, die als Belästigungen aufgefasst werden können, gegenüber den Streikbrechern zu unterbleiben haben, widrigensfalls die Streikenden hohe Strafen zu erwarten hätten. Eine Reihe von Textilarbeitern, in der Mehrzahl Oppositionelle, wurden auch tatsächlich von den Beauftragten der Streikbrecher festgehalten.

Der Hungerriemen ist da!

So lautet die Überschrift des neuen Mollenflugblattes der Opposition. Der Kampf soll abgewürgt werden. Ist denn eine Verbesserung durch den neuen Schiedspruch eingetragen? Hunderte von Kindern gehen ohne ersten Frühstück in die Schule, hunderte ohne zweites Frühstück, hundige erhalten kein Mittagbrot, hunderte haben kein eigenes Bett, muss selbst der sozialdemokratische Kreiselschmot in Langenbielau feststellen. Empörung herrscht bei den Textilarbeitern. Werden sie die Kraft haben, diesen Schiedspruch zu vernichten? Soeben trifft hier die Nachricht ein, dass eine Ortsgruppe des Verbandes bei Glas den Schiedspruch entstellt ablehnt.

Die Opposition wird ihre Kräfte mobilisieren, um den Hungerpost zu zerstören.

Die Unternehmer leben am „empöri“ den Schiedspruch ab. Sie haben eigentlich nur nicht Unrecht. Wollen sie den Gewerkschaftsführern ihr Spiel erleichtern, oder wollen sie aufs Ganze gehen.

Die nächsten Stunden werden Klarheit bringen. Auch die Opposition wird nicht untätig sein.

E

Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Ostsachsen

E

Das Kürzliche in Herren- und Knabenbekleidung für Straße, Sport und Arbeit finden Sie bei

Hanisch. Dresdner Straße 11, 1 Minute vom Bahnhof

1158
H. Binder, Fleischwaren, Nudl- u. Spätzle, Kolonialwaren, Reparaturmechanik — Niederföhrdorf, Nr. 46
415

Lebensmittel
Erich Besser, Ringstraße 1
Jedes Straßen-Eßgeschäft

1158
H. Fleisch- und Wurstwaren
Fleischermeister
E. Müller, Wettinstraße 3

Holz- und Schreinhandlung
Adolf Lange
Niederstraße 22

Kolonial-, Spirituosen, bierschl. Bierhaus.
Camillo Jilgner, Niederstraße 15

Richard Müller
Kolonialwaren, Gold- und Silberwaren
Röben, Gehrweg 35

H. Dietrich, Ind. Groß-Amt
amt. Ober- u. Schuhmacher, Reparaturmechanik

Gaststätte Schweizerhaus
Kämmelstraße 1

Heileich- und Wurstwaren empfiehlt
H. Heintzsch
Gehrweg 12

Max Henker
Uferstraße 8/8
Kohlen / Briketts / Brennholz
Spedition / Möbeltransport

Anna Heller Nacht,
Burgstraße 18
Brot, Bogenquelle
Fleischwaren / Kolonialwaren

Flechapparate und Platten
Brotbäckerei, Brot- und Gebäckfabrik
Kurt Seeger, Reichspfleger 2

Weinböhle

Brot, u. Weißbrotbäckerei u. Kaffee, prima Brotzähne,
Küche, Süßigkeiten, Hauptstraße 26

Restaurant Buradiesgarten
Bitter bestellt am Unterflurkühler

Möbelgeschäft Rudolf Bormann
Hausstraße 45

Weinböhle zur Niederschmiede — Auto-Beratung, Tel. 37 — Hermann Scholz

Reparaturmechanik, Kolonialwaren empfiehlt Paul
Hedrich, Gehrshainer Straße 17

Jungen und Kinder in jedem Alter laufen nun
im besten bei **Liefe & Sohn**, Gehrweg 12
und Schuhmacher

Fleisch- u. Wurstwaren empfiehlt
Kurt Hesse, Wettinstraße 14

Reinhold Müller, Maystraße 26
Brot, Weiß- und Feinbäckerei

Reserviert

Curt Neuer, am Bahnhof
Möbelschreinerei, Herren- u. Knabenbekleidung

Draht- und Röhengeschäft — Eisenwaren
S. Perner Spielwaren Gehr., Pernerstraße 2

Gefechthaus Beder, Platz, Kraft u. Radio,
Schulischer Gefechthof — Tel. 169

Otto Wendt, Reichsbahn 14
Brot, Weiß- und Feinbäckerei

W. Weinböhler-Hut- u. Pelz-Zentrale
am Bahnhof — Herren- und Dame-Hüte in
der Auswahl zu niedrigen Preisen empf. Lieb-
scher & Jähne, Tröndorfstr. 24/26, 1168

Central-Bob, Gedächtnis 5, öffnet von 8
bis 19 Uhr und Sonntagsmorgens. Sämtl.
Autobäder (Sprez.: Höhenvanne)

Haus Reinhold, Hauptstraße 41, — Eisenwaren
Zigaretten, Welle, Strumpfmachen, Bälde

Oskar Hünkel, Hauptstraße 1,
Eisen- und Röhengeschäft, Eisen- und Herde

Lebensmittel, Obst und Gemüse
empfiehlt: Oskar Koch, Reichsstraße 20

Alfred Winter, Dresdner Straße 61
Brot, Weiß- und Feinbäckerei

Reidenau

Emil Schreiber
Kämmelstraße 867
Kolonial- und Wurstwaren

Reserviert

Meissen

Wollf. u. Melchmidt Nachf., Adolf Steins-
berg, Tel. 620, Elbstr. 32, Strümpfe, Hand-
säcke, Trachten, Kurz-, Wäsche, Herren-
Kittel, Manufakturwaren — Herbergeiten
49

Farben- und Spezialgeschäft Ernst Marx
Habichtswalder Platz 18/19
37

Kolonialwaren / Haushaltswaren
Wigl. v. Robert-Sparverketus
Johannes Köhne
Habichtswalder Straße 28

Nudl- und Seifl.-Spezialgeschäft Richard
Bredow, Plattenweg 12 (Übergasse)

Gie erhalten
beste Herrenstoffe
Engrospreis durch
Luzbertreter Hofmann 78
Meilen, Rohplatz 4, 2. 90
600

Gaststätte Stendam
schäßiger Weinrichtung — Reise-Sonne
Elbstraße 4

Zucker- u. Herrenfilzen Rich. Geßmann
Gehrshainer Str. 31 — Spez. Kosmetikpflege

Meissner
Schwerter
Biere

K. Schröder Nachf.
Kolonialwaren u. Bierling — Leipzigser Str. 7

8000's Optit
Neugasse 8

Stange & Behrend
Wittenstraße 5 bis 7
Briketts — Kohlen — Holz
Spedition und Möbeltransport

Leib-, Bett- und Tischwäsche
Keine Spezialität! Inlett, Bettfedern, Re-
formuntersetzer — Bettbehandlung, Klei-
der, Schuhe, Strümpfe d.h. alig u. 5 Pro-
zent Rabatt. Wache-Kilmt, Niederschmiede 8

Schlittig, Melchbergasse 8
Kaffee — Kolonialwaren

Wositz

Der Ton
Musikhaus Meissen
Kleinmarkt 4

Emil Glück Nachf.
Albin Göpfert

Kolonialwaren, Spirituosen, Rauchwaren
3 Prozent Rabatt. Gehrweg 5

Seifen-Spezialität
Alfred Engelhardt, Marktstraße 9

Der Ton
Musikhaus Meissen
Kleinmarkt 4

Emil Glück Nachf.
Albin Göpfert

Kolonialwaren, Spirituosen, Rauchwaren
3 Prozent Rabatt. Gehrweg 5

Bäckerei u. Konditorei
Martin Frengel, Cosmopolitan Str. 4

Adler-Brauerei
Coswig

Osw. Schunke, Dresdner Straße 38
Fahrräder — Nähmaschinen

Marie Schrimm, Dresdner Straße 32
Brot, Weiß- und Feinbäckerei

Bierhandlung Neu-Coswig
Gegründet 1864 Telephone 177

Coswig-Kötzitz

Werkbar Höpfler, Bahnstraße 37
Tee- und Kaffeewaren

Max Seidel, Bahnstraße 41
Feinwaren und Polstermöbel

Otto Diemke, Naundorfer Straße 70
Brot, Weiß- und Feinbäckerei

Cita Gastst. Hauptstr. 13, Motte, Jazz-
cafe u. Nähmaschinen — Reparaturmechanik

Willy Günther, Bahnstraße 11
Schuhgeschäft und Reparaturmechanik

Niederau

Bau- und Möbelgeschäft
Georg Reichel, Bahnstraße 16

Max Schumann, Dresdner Straße 3
Fein- und Wurstwaren, am Bahnhof

Oskar Hünkel, Hauptstraße 1
Kraftforschungsbetrieb

Richard Bonisch, Hauptstraße 7
Brot, Weiß- und Feinbäckerei

Dresden-Kemnitz

Bad / Restaurant Erholung
Ida Schwitz

Cositz

Lebensmittelgeschäft Paul Kauer

1455

Meissen

H. Fleisch- und Wurstwaren
empfiehlt A. Menzel, Böttcherstraße 5
1800

Gaststätte zur Krone
Kriegerstraße 47

Photo-Apparate
und alle Bedarfartikel.
Allergrößte Auswahl
Teilnahme gestaltet
Reparaturen in eigener
Werkstatt. Rathenausstr. 22

Bruno Kempe, Kaiserstraße 24
Lebkuchen und Keksenherstellung

Gebäckmeister — 5 Prozent
Gimm. Wohlisch, Görnigegasse 13
1804

Mila Fahrräder, Näh-
und Sprechmaschinen

Kaisstraße 15
904

Kolonialwaren, Gewürze- und Kartoffel-
backen in großer Auswahl bei 5 Prozent
Rabatt. E. Schatz, Gablenz-Gasse 14
1805

Musikapparate und Zubehör
Gustav Häbler, Martinistraße 1

DKW-Motorräder Erststelle
Reparaturwerkstatt
Camillo Neumann, Meilen, Leipzigser Straße 22
1806

Schauburg-Lichtspiele
im Stadttheater, Theaterplatz

täglich unter Mitwirkung der

Stadtkapelle

900

Bäckerei, Konditorei, Café

Wilhelmstraße 28 Alfred Wächtler

Motor- und Fahrräder / Nähmaschinen

Sprechmaschine / mechan. Reparaturwerkstatt

Wählgasmachinen Arthur Junold, Gehrshainer Straße 102
1804

Central-Lichtspiele

Domemannstraße 3, geben nur beste Filme

Programm-Wochefl. Montag u. Donnerstag

1805

Alpina-Uhren

Uhrenhersteller

Ernst Hesse, Meilen, Elbstraße 18

Bettfedern — Textilwaren

Aure. Hönsch, Erzgebirge 5

5 Prozent Rabatt. 5 Prozent Rabatt

411

Café Heyde

Meisstraße 1 / Inhaber R. Arnold

H. Biere / Telefon 1132 / H. Weine

1807

Radebeul

Adolf Andrich's Erben

Möbel in allen Preislagen

Sidonienstraße 3, am Bahnhof

1808

Chemische Reinigung

Kleiderfärberei, Großwäscherei

W. Kelling

Filiale Oberall

Albert Klunker / Drogerie

Sidonienstraße 1, am Bahnhof

1809

Kaltz

Bäckerei Alfred Holmann

Naundorfer Straße 38

Blech- und Wurstwaren

Johannes Kellner, Böhringer Straße 82

1847

Landesproduktionshandel

Nicolaus Kügel, Böhringer Straße 78

Arbeiter Sport

Fußballsport

Sonntag den 23. Juni, 17 Uhr, DSB-Platz, Heßstraße,

das Spiel des Tages:

Helios gegen Red Star, Wien

Das Spiel der besten österreichischen Arbeiterschäfle werden als ein großer Aufmarsch junger Arbeiterschäfle werden. Alle sollten sich als Zuschauer einfinden. Rücksicht darf nicht verloren gehen, diesen Bräutigam zwei überaus wunderschöne Gründen einzubringen. Es ist nicht minder zu hoffen, wenn gelingt, dass die Freude über das Erreichte am Ende ein breites Lächeln internationaler Freundschaft bringen wird. Den Gedanken geht es sehr gut. Gut genug. Das Spektakel ist außerordentlich bekannt. Nicht weniger als 8.000 Internationalen dank gernwilliger Spieler gehören der Bevölkerung an. In Berlin steht die offizielle Feier des Deutschen des großen Ansehens des Deutschen Landesmannschafts über die deutsche. Der gleiche Verein ist der Sportclub des Reichsbahnverbandes und wird hier ebenfalls von dem Spiel mit dem kleinen Reichsbahnverband begnügt. Keine Wunderbares deuten den Kampf im alten Reichstag als Bereicherung des Sozialstaates für uns anfangend und bis ins Innere zu geben, da nun unbedingt eine angemessene Art und Weise des Spiels zu geben. Der DSB-Platz ist der Hauptsitz der Freiheit, die Freiheit ist der eigene Ausdruck der Freiheit. Ein Sieger ist nicht für den anderen vorausgesetzt.

Städte

St

Der gesamte Dresdner Jahrmarkt

der bisher im Innern der Stadt abgehalten wurde, findet nunmehr
auf dem Alaunplatz

Dresden-N., vom 23. bis 26. Juni mit großer Volksbelustigung statt

Möbelhaus
Richard Schmieder
 empfiehlt seine große Auswahl in
Möbel
 aller Art
 Hauptgeschäft: Bünaustraße 46
 Filiale: Kesselsdorfer Straße 25
 Schillingsstraße 2



Wo ist die beste und gemütlichste Einkehrstätte? Bei
Bernhard Hempel
 Pirna, Schuhgasse
 Gute Speisen und Biere / Verkauf von
 Röhlisch im Laden / Prima Wurst
 Filiale in Dresden-Lenzen, Palmenstraße
 und Neustädter Markthalle.

Georg Roschig
 Schneidermeister, Pirna-Jessen
Großes Stofflager
 Teilzahlung bis

Motorräder Indian Württembergia EXCELSIOR
 Vertreter Max Kühnert Firma, Reitbahnstr. 26 (Ecke Breite Straße)
Brennabor-, Aegir-, Viktoria-
Fahrräder
 empfiehlt
 Otto Schmidt, Pirna-Copitz, Hauptstr. 4

ZUM PRATERFEST

in Freital

von Freitag, 21. Juni
 bis mit Montag, 24.
 Juni, auf der Wiese
 im „Döhlener Hof“
 sind eingetroffen:

Frieseschwankende Weltkugel. Eine Fahrt
 auf hoher See. Amüsant für jung und alt
 Hallo! Hallo! Werner Friesens Turmfleger
 original Wiener Hochrad zum 1. Mai in Freital
 Mahner's Luftschaukel, Würfel-, Schieß- und
 Radbudene Montag Riesenkunstfeuerwerk
 Freundliche Unterstützung erwarten die Schauspieler

Unterricht
 in Mandolin, Gitarre (Lautie) erarbeitet
 MARTHA KRIENITZ
 Elsässer Str. 2, IV (Sachsenplatz)

Bettfedern-Reinigung mit
 elekt. Betrieb (hygienisch)
Marie Steiner
 Meißen, Blossenweg 2

Werbet neue Leser für die Arbeiterstimme!

Herringe
 schottische trademark Fulls
 Pfund 45 Pf.
 pure mischen
 Pfund 50 Pf.
 Allerfeinste, ausgesuchte große
Matjes-Heringe
 (Castlebay - Large)
 Stück 16 Pf.
 Neue große, gelbe
Speisefarben
 Pfund 20 Pf.
 Konsumverein
Vorwärts
 Abgabe nur an Mitglieder

Besitzt Du
 schon
 den neuen
 Liebknecht?

Das Fremdwörterbuch des Arbeiters
 neu erschienen
 und erhältlich
 in der

Arbeiter-Buchhandlung
 Viktoriastraße 21

Blattverramme
 geflohen ges. A. W.
 Bühlstraße 10 Markt
 Bezeichnung d. Blattes
 durch den in die Ramme
 werber erhält Albert
 Werner, Dresden-V.-
 Löbauer Str. 1, 21. 2111

H. Fleisch- und Wurstwaren
 empfohlen Arbeiterschaft
Paul Seifert
 Niedersedlitz
 Bismarckstraße 45

Zeitung
 Zeitungen
 Zeit
 Kaufläden
 Kaufhäuser
 Brotbacken
 Brotbeutel
 Ewald Kluge
 Pirna, Lange Str. 17

Gardinen
 Gardinenstoffen
 Zugehörigkeiten
 Messing Portiere
 einrichtungen
Ultragranstoffe
 Vitrinen
 einrichtungen
Dekorationsstoffe
 in reicher Auswahl
 Ewald Kluge
 PIRNA
 Lange Straße 17

Diese Preise - für die Reise!

**Geben Sie es sich
 Überlegt** ob Sie Ihren Urlaub im Gebirge oder
 am See verbringen wollen?
 Auf jeden Fall müssen Sie rechtzeitig an Ihre Ausrüstung denken!

Baumw. Musselin, besond. preiswert	0.62
Wollmusselin, schöne Muster	1.60
Kleid, zum Wandern	4.75
Kleid, für Frauen, in Wollmusselin	15.50
Kleid, reinseidener Toile de soie	16.75
Mantel, für Reise und Sport	11.75
Kostüm, für die Reise	23.00
Pullover, ärmellos, die Mode	3.40
Bluse, weiß Vollvoile	4.75

Modehaus F.R. Pötzsch
 Pirna, Ecke Obermarkt